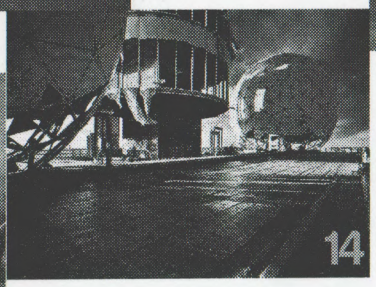
// alle Verhältnisse umzustürzen in denen der Mensch
ein geknechtetes, erniedrigtes, verächtliches Wesen ist"
- K. Marx

zeitschrift

herausgegeben von der ag gesellschaftskritik



04 Pseudoaktivität als Dienst am Staat - Das Elend des linken Konformismus

Die Gesellschaft, in der wir leben, hat es fertig gebracht solch immense Reichtümer zu produzieren, dass einem jeden Menschen ein erquickliches Leben garantiert werden könnte. Aufgrund ihrer Konstitution als Klassengesellschaft, die wiederum im gnadenlosen Ausschluss der Menschen vom Reichtum besteht, hat diese Gesellschaft ihr eigenes Urteil über sich gesprochen: sie ist historisch überflüssig, ihre Überwindung das unabstreitbare Bedürfnis emanzipatorischer Vernunft. [..]

06 Vom Elend der linken Studierenden

Der Widerspruch studentischer Bewegungen an untragbaren Verhältnissen produktiv mitzuarbeiten und zugleich deren Abschaffung zu fordern ist hinlänglich bekannt. Diesen aufzuzeigen soll auch nicht Ziel sein, vielmehr soll auf die Verwobenheit unreflektierter studentischer Praxis mit ökonomischen Prozessen hingewiesen und jene vor diesem Hintergrund kritisiert werden. [..]

10 Solidaritätsadresse an die Wütenden in Frankreich

Während der Großteil der Welt gegenüber der anlaufenden Krise weitgehend in passiver Anschauung verharrt, äußert sich vermehrt ein Unbehagen, das sich in den Kämpfen der Arbeiter und den gewalttätigen Impulsen der Jugend Ausdruck verleiht. Die scheinbare Geschlossenheit der Welt und das proklamierte Ende der Geschichte erweisen sich angesichts dieser neuen Widersprüche, ohne die diese alte Welt niemals auskommen wird, als Trugbild. [..]

14 Der Historische Materialismus ist ein Realismus

Zur Konstitution revolutionärer Subjektivität und ihrer Organisierung im Diesseits - "Von einem gewissen Punkt an gibt es keine Rückkehr mehr. Dieser Punkt ist zu erreichen." [..]

18 Marginalien zum kommenden Aufstand

Der ewige soziale Frieden nach dem angeblichen Ende der Geschichte hat sich spätestens infolge der Proteste und Revolten der letzten Jahre als Schimäre der Denker der Herrschaft erwiesen. Die vermeintliche Totenstille und das Ausbleiben eines negativen Potentials dieser Epoche stellten nur den zeitweilige Schein an der gesellschaftlichen Oberfläche dar.

Gedruckt mit Unterstützung des: farph!l

Impressum
V.i.S.d.P.: Juri Alexejewitsch, Allee der Kosmonauten 99, Berlin

EDITORIAL

„Die Unterentwicklung der revolutionären Theorie auf der ganzen Welt ist die erste Unterentwicklung, die jetzt überwunden werden muss."

Situationistische Internationale

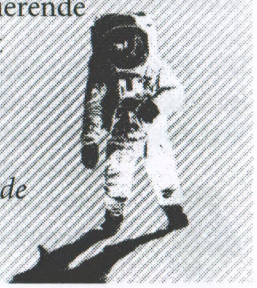
„Niemals noch hat die Unwissenheit jemandem genützt."

Karl Marx

Der unhintergehbare, notwendige Ausgangspunkt für den Kommunismus in den bestehenden Verhältnissen ist die kritische Theorie der Gesellschaft, die Arbeit am Begriff, die theoretische Praxis, die das abstrakte, pseudo-konkrete Alltagsverständnis, das in den verkehrten Formen befangen ist, transzendiert und der praktischen Aufhebung dieser Verhältnisse den Weg bereitet. Die revolutionäre Bemächtigung beginnt mit der Waffe der Kritik, die kein starres Dogma, sondern die Praxis der Theorie als wissenschaftliche Darstellung und Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Praxis und der Hervorbringung ihrer eigenen Negation ist. Alle Illusionen über die Möglichkeit und Unmöglichkeit der Revolution blenden diese Notwendigkeit aus, ja sind selbst Produkt der Abwesenheit eines konkreten Begriffs von der Wirklichkeit. Illusionslos ist heute zu konstatieren, dass die Ermangelung der revolutionären Theorie eine gleichzeitige revolutionäre Praxis versperrt. Gerade das linke Milieu, das sich phrasenhaft für ein Ende des Kapitalismus ausspricht, weiß nicht so recht, was sie mit dem lästigen Gegenstand anfangen soll, wo sie doch nicht einmal weiß, worum es sich dabei handelt. Gewöhnlich changiert der durchschnittliche Linke mit radikalen Ambitionen dann zwischen akademisch verabreichten Theoriefragmenten und blinder Bewegungspolitik, der entweder die auswendig gelernten Merksätze proklamiert oder er verzichtet gleich darauf und geht damit endgültig in der Wüste der Dummheit auf.

Gegen diesen Mangel an revolutionärer Theorie will die vorliegende Publikation als Anstoß zur Aneignung und Aktualisierung einer solchen dienen. Die Notwendigkeit dazu drängt sich durch die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst auf, deren Konstitution durch menschliche Praxis und die Aussicht ihrer Überwindung dem unmittelbaren Bewusstsein nicht erkenntlich, sondern unbewusst ist. Um zu erahnen, dass man unter den gegebenen Verhältnissen keine Macht über sein Leben hat und dass dessen Gestaltung Zwängen unterliegt, ist vielleicht das Wissen um die Konstitution der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise nicht vonnöten. Aber die Bedingungen der Möglichkeit der kollektiven Inbesitznahme der menschlichen Kräfte zwecks freien Zusammenschlusses zum Glücke aller sind schon in der bestehenden Gesellschaft vorhanden, in welcher sich der Reichtum und das Elend in nie zuvor gekannter Diskrepanz gegenüberstehen. Um die Fixierung auf die verkehrten Formen und die Äußerlichkeit bloßer Emanzipationsvorstellungen (in denen sich gerade die daseienden Formen von Herrschaft und Ausbeutung in modifizierter Weise durchsetzen) aufzubrechen, ist eine Kritik des bestehenden Verhängnisses erforderlich. Das, was ist, auf den Begriff zu bringen, bedeutet zugleich, es zu überschreiten und damit die wirkliche Veränderung zu antizipieren.

Eingeleitet wird diese Publikation mit den zwei Flugblättern *Pseudoaktivität als Dienst am Staat - Das Elend des linken Konformismus* und *Vom Elend der linken Studierenden*, die von den Herausgebern der Zeitschrift auf dem Protestspektakel zur Bildungsreform verteilt und für die Publikation überarbeitet worden sind und welche die sogenannten „Bildungsproteste" als präventive konformistische Revolte eines etatistischen Sozialdemokratismus kritisieren, an dem nichts mehr der Schonung wert gehalten werden kann. Dagegen zeigen beispielsweise die Proteste der streikenden Arbeiter, Schüler und Studenten in Frankreich Potentiale und Gesten, die theoretisch reflektiert und auf den Begriff gebracht werden müssen, damit sie sich selbst verstehen und die darum in einer *Solidaritätsadresse an die Wütenden in Frankreich* dargelegt und dechiffriert werden. Die begrifflich-kategoriale theoretische Arbeit *Der Historische Materialismus ist ein Realismus* klärt im Folgenden die Gestaltungsbedingungen revolutionärer Subjektivität und die Frage ihrer Organisierung. Die Zeitschrift schließt mit einigen *Marginalien zum kommenden Aufstand*, welche die Bedingungen skizzieren, unter denen allein zukünftige Rebellionen über ihr bloß konjunkturelles Aufscheinen zum tatsächlichen Aufstand getrieben werden können und die notwendigen Leistungen, die eine zu kommunizierende kritische Theorie der Gesellschaft dafür zu erbringen haben wird.



[ag gesellschaftskritik]

kontakt: aggesellschaftskritik@web.de

Pseudoaktivität als Dienst am Staat

Das Elend des linken Konformismus

Flugblatt zum Demonstrationsspektakel am 03.11.2010 in Dresden

[Dieses Flugblatt, das auf der Demonstration am 03.11.2010 verteilt wurde, liegt hier in überarbeiteter und ergänzter Form vor. Die einzige Korrektur wurde in der Überschrift vorgenommen, in der vom "Pseudo-Aktivismus" die Rede war. Es sei versichert, dass es sich hierbei um keine Fehlleistung handelt, in der sich ein Bedürfnis nach einem authentischen Aktivismus äußert, sondern dieser Fehler der kurzfristigen Abfassung geschuldet ist. Ansonsten handelt es sich um vertiefende Ausführungen, die am Sinngehalt des Verteilungsexemplars festhalten.]

Die Gesellschaft, in der wir leben, hat es fertig gebracht, solch immense Reichtümer zu produzieren, dass einem jeden Menschen ein erquickliches Leben garantiert werden könnte. Aufgrund ihrer Konstitution als Klassengesellschaft, die wiederum im gnadenlosen Ausschluss der Menschen vom Reichtum besteht, hat diese Gesellschaft ihr eigenes Urteil über sich gesprochen: sie ist historisch überflüssig, ihre Überwindung das unabstreitbare Bedürfnis emanzipatorischer Vernunft. Niemand kann ernsthaft glauben, dass das Bündnis mit dem schauderlichen Namen „Zukunft und Zusammenhalt", das zur heutigen Demonstration aufruft, oder eine der unterstützenden Organisationen diesem Anliegen verpflichtet sind. Alle Fraktionen einer verfaulenden und regredierenden Linken finden sich unter dem grauenhaften Demoslogan „Wir sind mehr wert!" zusammen. Von den am staatlichen Unwesen partizipierenden Parteien über die gewerkschaftlichen Klassenkampfeinheger bis zu den studentischen Funktionären möchte sich niemand das Spektakel des Protestes entgehen lassen. Dabei ist diese Ideologie schon halb durchschaut, denn die Mühe, sich über den Sinn und die Wirkmächtigkeit dieser Aktion zu verständigen, macht sich keine der etablierten linken Organisationen. Ihr Stimmvieh und Fußvolk verlangt auch schon gar nicht danach - erst recht nicht in Zeiten, wo das, was Kommunikation genannt wird, nur über den Monolog von Bildern und Phrasen funktioniert und jede Reflexion nicht nur gemieden, sondern wegen ihrer potentiellen Nonkonformität geschmäht wird.

Die Erkämpfung und Bewahrung sozialer Sanktionen ist, abgesehen von ihrer moralischen Berechtigung als Verbesserung der Lebensbedingungen, im gegenwärtigen Krisenzyklus eine Lebensnotwendigkeit. Die Arbeiter in Frankreich, die ihre nationale Ökonomie mit allen einkalkulierten Schäden blockierten, um sich nicht noch unerträgliche weitere Jahre zu Grunde schuften zu müssen, haben dies begriffen. Doch selbst zu diesem Bewusstsein der Notwendigkeit eines bornierten Klassenkampfes (zu einer autonome Organisation gegen die Gewerkschaften mit einer revolutionären Perspektive ist es in den Kämpfen in Frankreich nicht gekommen) bringt es das hiesige linke Bündnis nicht. Ein solcher Interessenkonflikt würde den Realismus einschließen, sich als im Gegensatz zur staatlichen Zwangsverwaltung und der besitzenden Klasse befindlich zu erkennen. Die besagte Parole „Wir sind mehr wert!" ist viel mehr eine Empfehlung an die Herrschaft, die knechtselig um einen ihnen zugewiesenen Platz in der ausbeuterischen Maschinerie des Kapitals angebettelt wird. Die Flausen vom „Leben und Arbeiten in Sachsen" oder dem „gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes"[1] drücken die Sorge um das Wohl der deutschen Volkswirtschaft aus, der man sich im Namen des sozialpartnerschaftlich verwalteten sozialen Friedens a priori verpflichtet fühlt, in unbedingtem Gehorsam unterordnet und deren repressive Harmonie man im Sinne direkter Demokratie möglichst aktiv mitgestalten möchte. Die verordnete Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen soll nicht einmal ein Stück weit aufgebrochen werden, sondern wird internalisiert und drückt sich gerade in solchen Pseudoaktivitäten wie der heutigen Demonstration aus, von deren Belanglosigkeit jeder weiß. Auf der Website des maßgeblichen Demobündnisses findet sich zum Terminhinweis für die heutige Demonstration kein einziges erklärendes Wort für ihren Aktivismus, nur die an Lächerlichkeit kaum zu überbietende schummelige Erinnerung an den letzten Protestmarsch, der ein „beeindruckendes Bild" geliefert habe, und der Hinweis darauf, bei dem diesmaligen Spektakel „Taschenlampen, Knicklichter und ähnliches" mitzubringen, um „ein tolles Bild (zu) erzeugen".[2] Mobilisiert wird hier weder ein Bewusstsein, noch ein wirkliches soziales Konfliktpotential, sondern von jeder Reflexion abgeschnittene entsublimierte Affekte mittels suggestiv wirkender Appelle und Bilder. Dies entspricht dem Denken der Alltagsreligion als dem vorherrschenden Bewusstseinsmodus von fast nahtlos mit den herrschenden Verhältnissen identifizierten Subjekten, die zu keiner unreglementierten Erfahrung und selbständigen Vermittlung in der Lage sind. Die bestehenden Widersprüche werden zugunsten einer rationalisierenden Weltanschauung kaschiert und die Wahrnehmung auf eine codierte, meist kulturindustriell geprägte Sprache konditioniert. Die Teilnahme an der heutigen Demonstration ist nichts als ein Ticket, eine weitere Mobilisierung einer der Manipulation bereit stehenden Bewusstlosigkeit über die wirklichen Lebensverhältnisse.

Diese Bestandsaufnahme versteht sich eigentlich von selbst, denn von den linken Referenten des Systems,

1 http://www.zukunftundzusammenhalt.de/zuz/plugins/download.php?id=41&db=zuz

2 http://www.caterdev.de/kss-cms/index.php?id=312

den etablierten, institutionalisierten Organisationen der Linken, deren Sache schon immer die staatshörige Verwaltung des Status quo war, hat man nichts anderes zu erwarten. Im hohlen Aktivismus, der wirkmächtige Aktivität stets nur simuliert und dessen Elend an Offensichtlichkeit nicht zu verhehlen ist, hat ein radikal-emanzipatorisches, also kommunistisches Anliegen nichts zu suchen. Um so erbärmlicher, dass sich auch diejenigen, die noch mit einem solchen Anliegen liebäugeln, am staatstauglichen Konformismus beteiligen. Das famose „Libertäre Netzwerk Dresden" ruft dazu auf, einen „antikapitalistischen Block" zu bilden und wie ihre sozialdemokratischen Mitdemonstranten halten sie es für unnötig, ihren Aktivismus zu begründen. Die sieben Sätze, aus denen ihr „Aufruf" besteht, scheinen für ihre Anhängerschaft ausreichend zu sein: Selbstbeschwörung als „libertäre Bewegung", Proklamation eines für sich beanspruchten „kritischen Blick(es) auf Ökonomie, Staat und Identitätskonstrukte" (was auch immer das sein soll) und Verkündung des Anspruchs „gemeinsam die Gründe für Unzufriedenheit anzugehen"[3] (was auch immer das heißen soll). Die Abstraktheit von Wörtern, mit denen hier hantiert wird und die einmal Begriffe werden könnten, werden kein Stück zur Erkenntnis konkretisiert, sondern dienen als Spielmarken, die auf dem Tummelplatz spektakulärer Politik ausgegeben werden, um am Bewegungsrummel des Immergleichen zu partizipieren. Die Unverfrorenheit noch mit dem Anspruch zu kokettieren, „die Gründe für Unzufriedenheit anzugehen", womit gemeint sein könnte, sich einmal tatsächlich um die Erkenntnis und die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verfasstheit zu bemühen, ist nichts als Lüge, wo sich doch die Libertären und vermutlich auch ihr linksradikaler Anhang vom zusammengerufenen Mob nur in ihren Phrasen unterscheiden, die kein Stück dazu beitragen, die verkehrten Denkformen der Ideologie aufzusprengen.

Die Befreiung vom Zwang der Ökonomie und der Herrschaft ist das Projekt radikaler Aufklärung, die als zur materiellen Gewalt werdende die bestehende Gesellschaft umzuwälzen vermag. In Zeiten, in denen die gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse alle repressiven Zwangskollektivitäten überschreiten und die Produktivkräfte die Lohnarbeit als letzte Form der Zwangsarbeit historisch obsolet gemacht haben, ist der einzig haltbare Anspruch der Vernunft der, welcher auf die Aufhebung des bestehenden Zustandes geht. Das Ferment dieser Vernunft sind die radikalen Begierden, denen der materielle Reichtum und dessen reale objektive Möglichkeiten zu Grunde liegen. Diese auf Verwirklichung drängenden Begierden stehen im Konflikt mit dem gesellschaftlichen Zwang, sich zum proletarisierten Arbeitskraftbehälter zuzurichten. Die unter die Daseinsform der Lohnarbeit subsumierten Menschen, die als Subjekte der Produktion wirken (oder als unbrauchbar auf die Straße geworfen werden), werden gleichfalls von der von ihnen selbst produzierten sachlichen Macht beherrscht. Diese sachliche Macht, die über die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen übergreift und diese nach ihren Maßgaben modelliert, erscheint verkehrt und fetischisiert als eine außer den Menschen stehende Gewalt und wird zu einer aus sich selbst heraus gesellschaftlich wirkmächtigen Potenz subjektiviert, welche die Aneignung von Mehrwert zum Zwecke ihrer Reinvestition in den rastlos-irrationalen Zwang zur Akkumulation um der Akkumulation willen verdeckt und damit ratifiziert. Die Produktivkräfte, die nichts als Vergegenständlichungen menschlicher Arbeit sind und demnach auch menschlicher Verfügung zugänglich sein können, stehen den von ihren Produktionsmitteln expropriierten Menschen nicht zur Verfügung und werden darüber hinaus in diesem von den Produktionsverhältnissen bedingten Zustand des Ausschlusses als Naturnotwendigkeit wahrgenommen. Diese Wahrnehmung ist kein subjektiver Mangel des Denkens, sondern entspricht einer gesellschaftlichen Praxis, in der gesellschaftlicher Kontakt nur vermittels des Tausches von Waren, also als sachlich vermittelt stattfindet, gleichsam als ob die Menschen nur die Bewegungen der Sachen nachvollzögen. Der fundamentale und potentiell sprengende Widerspruch von stofflichen Möglichkeiten und repressiver Form wird durch diese entfremdende Verschiebung der menschlichen Gattungskräfte gelöst, aber nicht aufgehoben und aus der Welt geschafft, wozu es als Voraussetzung einer theoretischen Durchdringung der Konstitution jener gesellschaftlichen Verhältnisse bedarf, die dem unmittelbaren Alltagsbewusstsein unbewusst sind. Wenn diese Theorie als selbstkritisches Bewusstwerden der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse einmal eine Referenz erlangt und sich eine Masse von Menschen als bewusste Klasse, also als revolutionäres Proletariat im Sinne von Karl Marx assoziiert, sodass diese von den Produktionsmitteln Besitz ergreift und die Reichtumsproduktion in eine bewusst geplante Bedürfnisproduktion umwälzt, dann hat die letzte Stunde der Klassengesellschaft geschlagen.

Solange der tagtäglich erfahrene objektive Widerspruch von Herrschaft in der Epoche ihrer historischen Überflüssigkeit und mit diesem das Bedürfnis nach seiner Überwindung der Verdrängung und Rationalisierung anheim fällt, wird das ebenso objektive Unbehagen nicht aus der Welt zu schaffen sein und sich mittels Symptombildung äußern. Als vorbewusste können radikale Begierden impulsiv-

3 http://anarchiadd.blogsport.de/2010/10/27/aufruf-zum-antikapitalistischen-block-auf-der-mehr-wert-demo-am-03-11/
Am 02.11.2010, also einen Tag vor der Demonstration, wurde ein als „Aufruf" gehandelter Zettel nachgereicht (http://anarchiadd.blogsport.de/images/niewiedermehrwert.pdf), was die Sache aber auch nicht besser macht. Abgesehen davon, dass dieser „Aufruf" von solchen abstrakten Kategorien wie Profit und Geld raunt, die ohne eine notwendige Konkretisierung nichts als signalisierende Allgemeinplätze des linken Bewusstseins sind, wird mit der kurzfristigen Publizierung offenbar, dass es sich hierbei nur um eine Formalie handelt. Die Teilnehmer des Antikap-Blocks wären wohl auch ohne diese Verkündung unbekümmert erschienen.

gewalttätig an die gesellschaftliche Oberfläche drängen. Gegen eine linke Romantisierung dieser rebellischen Gesten wäre auf deren Ambivalenz mit Möglichkeit auf Regression und Barbarisierung hinzuweisen. Unnötig wird das aber angesichts des Desinteresses der deutschen Linken gegenüber den Klassenkämpfen vor allem in Frankreich oder Griechenland (zu den Auseinandersetzungen in Griechenland wurde es einzig fertig gebracht, in typisch bewegungslinker Manier um sich selbst drehende Antirepressionsdemos zu veranstalten, ohne auch nur einen Gedanken an die soziale Konfliktualität zu verschwenden), in denen dieses Unbehagen mit dem Bedürfnis nach einer Assoziation außerhalb und gegen die etablierten Institutionen sich immer mehr ausdrückt. Dieses Desinteresse wird angesichts des Mitmachens am Volksprotest, der nichts als eine Loyalitätskundgebung an den bestehenden Zustandes ist, zur unübersehbaren Perfidie und dem unrettbaren Aufgehen im teutonischen Wald.

Wir fordern deshalb alle Individuen, die es mit dem Anspruch auf kommunistische Emanzipation ernst meinen, dazu auf, sich diesem Spektakel nicht nur zu verweigern, sondern es als reaktionären Teil der herrschaftlichen Entmündigung mittels intellektueller Selbstbewaffnung zu bekämpfen!

//////// Vom Elend der linken Studierenden

Der Widerspruch studentischer Bewegungen, an untragbaren Verhältnissen produktiv mitzuarbeiten und zugleich deren Abschaffung zu fordern, ist hinlänglich bekannt. Diesen aufzuzeigen soll hier auch nicht Ziel sein, vielmehr soll auf die Verwobenheit unreflektierter studentischer Praxis mit ökonomischen Prozessen hingewiesen und jene vor diesem Hintergrund kritisiert werden. Am plastischsten wurde dies vor nicht allzu langer Zeit an Protesten sächsischer Studierender. Dort fanden sich Studierendenschaft und alle Fraktionen einer regredierenden Linken unter dem grauenhaften Demoslogan „Wir sind mehr wert!“ zusammen, um in bornierter Form für Zukunft und Zusammenhalt in Sachsen zu demonstrieren. Man möchte bitte keine Kürzungen, die das Leben und Arbeiten in Sachsen gefährden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Landes aufs Spiel setzen. Was hier als Schlagwort der Zivilgesellschaft herbeihalluziniert wird, findet seinen realen Ausdruck im Etatismus der Proteste: dass der Freistaat sein Volk vor der anbrandenden globalisierten Welt und mit ihm die Universitäten retten soll. Oder allgemeiner: der Staat soll die von der, ja von was eigentlich?, bedrohten Universitäten retten. Der Grund wird in der Wirtschaft vermutet - in dieser Allgemeinheit zeigt sich sogleich der eigentliche Reflexionsbedarf der Studierenden - und gegen sie wird der Staat ausgespielt. Das beide jedoch eine Einheit bilden, gereift den gegen Lobbyismus von CHE - Bertelsmann wetternden Studenten nicht zum Gedanken.

Denn was dabei nicht erkannt wird, ist, dass es gerade der Staat war und ist, der als ideeller Gesamtkapitalist die Umgestaltung des Bildungswesens vorantreibt, da die Wirtschaft dies selbst nicht vermag. Denn was fehlt und erst künstlich durch den Staat hergestellt werden muss, ist die Kommodifizierung der Bildung, deren Grundlage die Kommensurabilität ist, die jedoch der Bildung als wesentlich Inkommensurables abgeht. Von diesem nun zu fordern, mehr Geld für „freie“ die Bildung zu investieren, scheint höchst widersprüchlich. Es stoßen somit mehre Interessen und Dimensionen aufeinander, die im Folgenden zumindest dargestellt werden sollen.

Doch zuerst zu den Bildungsprotesten an sich; sie haben eine Geschichte oder besser: Sind Wiederholungen der immergleichen Forderungen, sind Ventilfunktion und Initiationsritus für das heranwachsende akademische Prekariat. Deutlich wird das schon an Motivationsphrasen wie: „Einmal im Leben sollte jeder Student protestiert haben“. Es gehört selbst in bürgerlichsten Kreisen zum guten Ton, sich für eine Reformierung der Hochschullandschaft eingesetzt zu haben. Die schon angesprochene Differenz zwischen Wesen und Erscheinung der Proteste sollte SchülerInnen und StudentInnen eigentlich verdächtig vorkommen. Am Widerspruch zwischen dem Anliegen, gesellschaftliche Machtverhältnisse aufzulösen und der Tatsache, an ihnen gleichzeitig produktiv mitzuwirken, wird der kritische Status der Proteste offenkundig. Doch selbst von dieser traurigen Position scheint sich das neoliberale Subjekt unreflektiert unter dem Slogan „Ich bin MehrWert“ entfernt zu haben und in die Verwertungsmaschinerie einzureihen. Es scheint jedoch, als würde dies niemandem verdächtig vorkommen und real tut es das auch nicht und wenn doch, wird es danach nur noch schlimmer. Linke, die in jeder noch so bornierten Studierendenbewegung den nächsten Mai 68 vermuten, treiben sogleich in spektakulärer Weise den Pseudoklassenkampf voran: Als Avantgarde setzen sie sich dem Protest auf und versuchen den Mangel an revolutionärer Kohärenz im inflationären und neuerdings sehr beliebten, aber vor allem unreflektierten Rückgriff auf Schriften der Situationistischen Internationale zu beseitigen. Die resultierende Patina revolutionärer Attitude entlädt sich sogleich im inszenierten Schulterschluss mit dem Mensapersonal, dem zuvorkommenden Umgang mit Hausmeister, Putzkräften und Sicherheitspersonal während Besetzungen und dem Fingerzeig auf Frau Schavan.[1] Diese Mischung aus Klassenkampfrhetorik,

1 Dies alles lies sich landauf und landab während der Besetzungswelle im letzten Winter beobachten. In Berlin solidarisierten sich Studierende mit den Lohnforderungen des Mensapersonals und suggerierten dies mehr schlecht als recht in einer morgendlichen Transpiaktion. An vielen Unis, von wenigen Ausnahmen abgesehen, war die Emsigkeit, mit der Toiletten geputzt wurden, der auf Schutz bedachte Umgang mit Inventar und freundlichster Umgang mit dem Securitypersonal kaum zu übersehen, um ja nicht unangenehm aufzufallen.

harmoniesüchtigem Umgang mit der Universitätsleitung und verkürzter Kritik stellt das erlangte Bewusstsein um gesellschaftliche Bewegungsgesetze auf unglückliche Art zur Schau. Weil dies kaum noch zu fassen ist, kann man nicht mehr anders reagieren als mit einer radikalen Kritik ihrer Verblendung.
Dass die Studierenden sich dabei im Begreifen des Spektakels wähnen und der inhärente Rekurs auf den marxschen Begriff des Fetischismus nicht stattfindet, führt die Kritik ohnehin ad absurdum. Darin äußert sich nicht nur die Einfältigkeit der Organisatoren des Protestes, sondern auch der Happeningcharakter desselben. Als positives Resultat bleiben einzig und allein die im Managen der Proteste erworbenen und gern gesehen Softskills übrig. Bekommt man eine Besetzung oder Demo organisiert, sollte es ein Leichtes sein, im Jahr darauf die Franchise-Abteilung bei Langnese zu leiten.

Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, einige Begriffe und Zusammenhänge zu nennen, um die gesellschaftliche Konstitution des Protestes aufzuzeigen, auf die in der gegenwärtigen Auseinandersetzung dringend rekurriert werden sollte. Die Analyse fordert keinen Anspruch auf Richtigkeit ein, sie will nur einige Punkte aufzeigen, die dem Autor bemerkenswert erscheinen. Überspitzt man die Situation, steht das Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft an einem Übergang, dem Wechsel zu einer wissensbasierten Gesellschaft. Wissen fungiert hierbei als Triebkraft der verschiedenen Nationalökonomien und Wirtschaftsräume. Es trifft die Rationalisierung zusätzlich des Menschen eigenstes Wesen. Die lebendige Persönlichkeit wird zum Kapital, welches gehandelt wird und Gewinn maximieren soll, für andere und sich selbst. Diese Ideologie wird fast schon bilderbuchartig in der Einsicht des persönlichen Mehrwerts der Demonstration vorangestellt. Doch der Studierende überspringt dabei ein Moment der Reflexion, und zwar jenes, das er unbewusst bewusst in der bürgerlichen Wirklichkeit stehenbleibt und so verpasst, was einem emanzipatorischen Postulat entspräche – wirkliche Freiheit. Der Schein der Freiheit, der in umgekehrter Kohärenz zu entlarven wäre, wird so um ein Weiteres gesteigert; der Englischkurs hat im Element der selbstbestimmten Bildung aufs Innerste die Steigerung des eigenen Kapitals eingeschrieben, das Auslandssemester treibt die interkulturelle Entwicklung der Persönlichkeit voran und bescheinigt doch nur das Maß an Flexibilität, die der Einzelne bereit ist einzugehen. Das Leben selbst wird darin zum Euphemismus und konstituiert die Einheit des Individuums, aus dem es sich erschafft und erschaffen wird und kehrt wieder im vermeintlich autonomen Subjekt, welches die „autonome" Hochschule besucht.

An dieser Hochschule nun zeigt sich zuvorderst der Einfluss des Staates und eben nicht der der Wirtschaft, vor dem der Staat die Universität in Acht nehmen soll – es kommt gar anders, der Staat schafft erst die Möglichkeiten der Partizipation der Wirtschaft. Während bis in die 90er-Jahre das Ideal der humboldtschen Universität mehr schlecht als recht bestand hatte, löst sich diese in besagte „autonome" auf. Zuvor erhielten die Fachrichtungen feste Beträge, mit denen sie Forschung und Lehre bestreiten konnten. Als angenehmes Nebenprodukt, welches im Nachhinein die Forschung legitimierte, entstanden so schon immer wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse universitärer Forschung. Doch in Zeiten des globalisierten Kapitalismus konkurrieren die Staaten um Kapitalstandorte und diese Konkurrenz erscheint wesentlich als eine um Technologie. Der Staat, i.e. das nationale Kapital, muss also, damit er nicht innerhalb der globalen Konkurrenz ins Hintertreffen gerät, seine Ressourcen effektiveren und damit sowohl die bereitgestellten Mittel wie auch den marktgerechten Output von Arbeitskräften. Es reicht daher nicht mehr aus, wenn die Universität nebenbei nicht bestellte, aber trotz allem wirtschaftlich verwertbare Resultate produziert. Der Staat ist gezwungen, um das Überleben der nationalen Bourgeoisie und damit seine eigene Existenz zu garantieren, eine indikatorengesteuerte Mittelvergabe einzuführen, deren Ergebnis die autonome Universität ist (ausführlich vgl. Ruschig, Argument 272/2007).
Unter indikatorengesteuerter Mittelvergabe ist zu verstehen, dass zwar immer noch Gelder vom Staat an die Universitäten verteilt werden, allerdings anteilig als Planungsgeld, dass an die Erfüllung gewisser Maßgaben (wie Höhe der Drittmittel, Anzahl der Promotionen, Frauenquote etc.) geknüpft ist und bei Erreichen entsprechend gezahlt bzw. erhöht wird. Werden beispielsweise 10000€ Drittmittel eingeworben und damit der Indikator Drittmittel erfüllt, zahlt der Staat auf jeden € 0,1€ Erfolgsplangeld, das für die nächsten Jahre fest eingeplant und danach wieder bestätigt werden muss. Das diese Mittelvergabe an der Wirtschaftlichkeit orientierte Spreizungsfaktoren (Physik x*1,5; Philosophie x:3) enthält, ist logisch nachvollziehbar und sinnvoll. Der Sinn dahinter ist folgender: wissenschaftliche Arbeit soll durch heteronome Zwecke gesteuert werden können. Erreicht wird dies dadurch, dass nach folgendem Modell nicht mehr der wissenschaftliche Gebrauchswert zählt, sondern ein dem Gebrauchswert äußeres, gemeinsames Maß: Generierung von Plangeld. „Exzellent" oder mit Plangeld bedacht ist das, was möglichst viele Indikatoren erfüllt und so das Überleben des Instituts ermöglicht. So wird der der Wissenschaft äußerliche Wert zum eigentlichen Wert der Wissenschaft selbst, den die universitären Planungsbehörden möglichst effektiv verwalten müssen. Dieses Quidproquo, dass die Akquirierung von Erfolgsplangeld an die Stelle wissenschaftlicher Erkenntnis setzt, offenbart nun den Sinn der staatlichen Evaluierungs- und Indikatorenerstellung: installierte Wertgrößen regeln die wissenschaftliche Arbeit. Inkommensurable wissenschaftliche Forschung wird über künstlich installierte Kennzahlen kommensurabel gemacht. Sie kann somit in Konkurrenz gesetzt und der Universität zur Selbstverwaltung übergeben werden, da durch die Kennzahlensteuerung eine autonome Mittelplanung erst möglich gemacht wurde.

Wovor der Student oder angehende Wissenschaftler Angst haben müsste, wäre also der Staat, der einen künstlichen Markt erzeugt. Doch stattdessen erdreistet er sich an der gesellschaftlichen Realität vorbei gutgläubig das humboldtsche Ideal gegen die neoliberale Universität einzufordern. Wird diese Entwicklung der Hochschullandschaft als neoliberal kritisiert, widerlegt sich die Kritik selbst, denn das universitäre Konkurrenzsystem ist mitnichten aus dem Markt entstanden, gegen den die Kritik einen starken sozialdemokratischen Staat einfordert und damit zugleich zu ihrem Ende kommt. Folgt man der Ideologie allerdings weiter, müsste die resultierende Universitätsbürokratie, die nur einen „als-ob" Markt installiert, als antiliberal und staatliche Planungsbehörde abgelehnt und stattdessen ein wirklicher Wissenschaftsmarkt eingefordert werden, damit sie sich zur jener geforderten Produktivkraft entwickeln kann. So macht er sich, gesellschaftlich verblendet wie er ist, zum Sprachrohr des radikalen bürgerlichen Liberalismus, des uneingeschränkten Marktprinzips und versucht, die wirtschaftliche Relevanz der Sozial- und Geisteswissenschaften als herrschaftsstabilisierende Funktion herauszustellen, wenn er vom Sozialarbeiter schwadroniert, der Zukunft und Zusammenhalt in Sachsen sichert – nicht zu vergessen ist hier allerdings, dass er in dieser Funktion zumindest die bürgerlich-progressive Seite des Staates verwirklicht, nicht in Barbarei zu verfallen. Hat der Student sich im Slogan „Ich-bin-Mehrwert" erst einmal als Humankapital begriffen, in das er investieren muss, erhalten die Proteste ihren radikal-bürgerlichen Sinn, den viele Linke schon immer gern mit der wirklichen Emanzipation verwechselten. Sie fordern vom Staat den Rahmen und Teilnahmeschein für die Entfaltung von Kreativität und „Persönlichkeit" des neoliberalen Subjekts auf dem Markt ein. Dass die Proteste etatistisch sind und zugleich radikal-liberale Wirkung entfalten, ist hier kein Widerspruch, sondern steht im Kontext der liberalen Idee vom bedingungslosem Grundeinkommen, welches von vielen Linken gleichsam verdreht als Befreiung herbeihalluziniert wird.

Sodann gibt es auch Protest von allen Seiten, denn: „Zu vielen Menschen wird heute leider nicht die Möglichkeit geboten, ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln. [...] Schulischer Misserfolg konzentriert sich häufig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen und führt zu deren wirtschaftlicher und sozialer Marginalisierung." Das sagt die OECD und bedauert: „All zu oft werden solche Debatten sehr hitzig geführt, ohne Klarheit zu bringen." Schöner könnte es auch die Bildungsstreikbewegung nicht bedauern, denn sie hofft wie der Vorsitzende der Jungen Liberalen: „2040 weiß die ganze Welt, wie Deutschland seinen Status als Wirtschaftsmacht erhalten und festigen konnte – Bildung, made in Germany. [...] Denn soziale Marktwirtschaft und Bildung sind zwei Seiten derselben Medaille. Geprägt wird diese durch Freiheit." (magazin 1_10 der Friedrich Naumann Stiftung)

Werte und Leitbilder, die mit beiden Forderungen einhergehen, sind Chancengleichheit und Individualisierung. Anders: Die Bildungsstreikbewegung wärmt die Leitbilder der bürgerlich-liberalen Gesellschaft auf. Chancengleichheit fällt wiederum mit einer Definition von Humankapital zusammen, sie entspricht hier nämlich der Steigerung individueller Chancenfähigkeit. Ersichtlich ist die ähnliche Sprache beider Pole der Betrachtungen über Bildung und ihr häufig unreflektierte Gebrauch. Es stellt sich also die Frage: Wie kann oder konnte es dazu kommen?

Die Ziele des bürgerlichen Schulsystems lassen sich in 3 Schlagwörtern zusammenfassen: Individualisierung, d.h. Kompetenzentwicklung für ein selbstbestimmt-monadologisches Leben, Integration, also Teilhabe am wirtschaftlichen und politisch-kulturellen Leben und schlussendlich Akzeptanz der Grundrechte, wonach Schule und Universität einen Konsens über die Grundwerte zu einem und Loyalität gegenüber dem Gemeinwesen zum anderen herstellen. Und dies findet sich ganz wunderbar in den Forderungen: Denn es geht darum, dass Leben und Arbeiten in Sachsen gefährdet sei und gesellschaftliche Zusammenhalt aufs Spiel gesetzt würde, somit schließlich das System der politischen Ökonomie.

Da sie in keinerlei Hinsicht diese für sie konstitutiven Lebensverhältnisse transzendiert, ist die Studierendenbewegung mehr als fragwürdig geworden. Der einzige Unterschied ist die Konnotation der dargelegten Fakten. Während „die Wirtschaft" jene Begriffe als Investition auffasst, die eine marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaft konstituiert, könnte man aus den diffusen Äußerungen der Bildungsstreikbewegung folgern, dass sie selbstbestimmtes Leben als Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gesellschaft einfordern – nichts anderes ist im Übrigen der Traum Milton Friedmans und allein diese Tatsache müsste schon zur Reflexion treiben. Die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft führt den Kontext aus: „Bildung ist Geld, ohne Geld ist sie nichts", woraus sich notwendigerweise ergibt, dass ein Studium, dessen (ökonomische) Erfolgsaussichten schlecht sind, um im Euphemismus zu bleiben also kein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, besser zu unterbleiben hat. Folglich stehen die Geisteswissenschaften und alles ökonomisch Nichtverwertbare zur Disposition. Dass Schöngeistigkeit auch in Naturwissenschaften möglich ist, scheint zwar für den Bildungsstreikenden unvorstellbar, doch nicht zuletzt offenbart sich an diesem latenten Negativausdruck ein wahrer Teil. Die positive Bestimmung von Bildung läuft in diesem Sinn wieder auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe hinaus. Die Argumentation ist deswegen zirkulär, weil der Widerspruch zwischen den Forderungen der Studierenden und der gesellschaftlichen Realität keiner ist, der die Gesellschaft transzendiert. Was hier zur Sprache kommt, ist der Kampf zwischen radikalem Liberalismus und bürgerlicher Wirklichkeit

– so kommt auch die Bestimmung freier Bildung nicht von bürgerlich-liberalen Vorstellungen los. Der Grund ist eben genau dieser: dass sie als Ideale hypostasiert werden und so die konstitutive Bindung an die bürgerliche Realität verschleiern. Stattdessen müsste eine sich als kommunistisch verstehende Studierendenbewegung auf die notwendige Verflochtenheit von Ideal und Wirklichkeit, Sein und Bewusstsein rekurrieren.

Deswegen ist die Bildungsstreikbewegung in ihrer jetzigen Form überflüssig. Selbst wenn sie erreichen sollte, dass sich ein rechtlicher Rahmen zu ihren Forderungen bildet, verwirklicht sie damit nicht eine emanzipatorische Gesellschaft, sondern emanzipiert die bürgerliche. Sie äußert nicht das Bedürfnis einer befreiten Gesellschaft, sondern die Befreiung der Bildung von den Fesseln der Ungleichheit und staatlichen Bevormundung. Dass hier das Postulat der bürgerlichen Aufklärung selbst eingeschrieben ist, entwickelt sich bei ihnen nicht zum Gedanken. Ein freier Markt ist ohne den freien Zugang aller, d.h. ohne die Befreiung von ständischen und zünftischen Schranken, nicht denkbar, ebenso ist ein freier Wissensmarkt nicht ohne freie Bildung für alle möglich. Ersteres war die revolutionäre Rolle des Bürgertums. Gemessen an der Geschichte sind die gemachten Behauptungen vielleicht undifferenziert und übertrieben, aber es geht mir darum, eine Tendenz zu konstruieren, die es ermöglicht, die Rolle der Bildungsstreikenden zu kritisieren.

Nehmen wir daher an, ihnen fällt geschichtlich eine ähnliche Rolle wie dem Bürgertum zu: Das Monopol einer bildungsbürgerlichen Klasse, insofern eine solche überhaupt noch existiert, auf die Bildungsgüter zu brechen – oder anders: Die Produktivkraft Wissen aus ihrem bornierten Sein innerhalb ausgewählter Klassenstrukturen zu befreien. Sie verwirklichen damit jedoch nicht ihre eigenen Interessen, sondern jene eines sich durchsetzenden geschichtlichen Prozesses, den Übergang der westlichen Welt von einer der Einfachheit halber als industriell bezeichneten zu einer Informations- und Wissensgesellschaft. Man könnte gar soweit gehen und die Tendenz konstruieren, dass vielleicht diese Verwirklichung die letzte Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte ist, auf der sie an die Grenzen der Produktionsverhältnisse stoßen. Denn was sich hier über die Menschen vermöge ihrer eigenen Interessen durchsetzt, setzt sich gegen den Menschen durch und dies ist ein Widerspruch. Autonomie wird zur Marktautonomie, lebenslanges Lernen zur Weiterbildung und Flexibilisierung, Bildung zur Bereitschaft, in die eigene Zukunft zu investieren, Eigenverantwortung zur Selbstaufgabe und zum unbegrenzten Zugriff des Kapitals auf eigene Lebenszeit. Da nicht die Begriffe, sondern der ihnen zugrundeliegende materielle Prozess geschichtlich sich durchsetzt, geschieht eine ungewollte Umdefinition und kritische Studierende verwirklichen die Anforderungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. Doch die Hoffnung auf Veränderung schwindet im gleichen Maße, wie durch das sozialpsychologische Moment der gesellschaftlichen Teilhabe als „AkademikerIn" im Spektakel die eigene Proletarität verschleiert wird. Und so ist mittlerweile gar der Durchgang durch die Rückbesinnung auf klassizistisch-humanistische Ideale verloren gegangen und die bürgerliche Ideologie wird in Reinform zur Schau getragen, indem sie diese Ideale aktualisieren und von Individualität und Kreativität reden, die eben die wirkliche, die beschränkte bürgerliche meint, die durch perpetuierende Subsumtion unter den gesellschaftlichen Zwangsapparat gekennzeichnet ist.[2]

Was nicht reflektiert wird, ist, dass Privatisierung und eine Verbesserung des öffentlichen Bildungswesen durch längeres gemeinsames Lernen, Schüler-BAföG und freier Hochschulzugang nicht Widersprüche sind, sondern sich ergänzen. Es ist die Verwirklichung der liberalen Utopie: Der Staat stellt hier den Rahmen bereit, in dem die Subjekte sich scheinbar selbstbestimmt entwickeln können. Hierauf muss sich dringend bezogen werden: der Liberalismus entdeckt seine utopischen Momente wieder, auf die absolut inadäquat reagiert wird. Anstelle innerhalb der liberalen Utopie ihre Widersprüchlichkeit aufzuzeigen, wird ihre schlechte Seite hypostasiert und als Zuflucht bleibt dieser Kritik anstelle einer kohärenten nur die Zuflucht zum Staat. Doch die liberale Utopie in Form einer „Zivilgesellschaft" oder „Wissensgesellschaft" hat etwas anziehendes, denn jeder erhält etwas davon: Während die vom ständigen Abrutschen bedrohte Bourgeoise froh ist, dass ihre Kinder auf Privatschulen nicht mehr mit dem gesellschaftlichen Ausschuss konfrontiert sind, erhalten diese das Gefühl, auch endlich akzeptiert zu werden. Dass sich strukturell jedoch rein gar nichts ändert, ist dabei irrelevant. Wo Bildung und Zusammenhalt zu Ideologien werden, verwischen sie die Grenzen zwischen gesellschaftlicher Macht und Ohnmacht. Die Integration der Nichtintegrierbaren hat ein sozialpsychologisches Moment zu Voraussetzung, welches sich u.a. in Individualisierung und Selbstbestimmung durch Bildung ausspricht. Dass sie dabei weiterhin diejenigen bleiben, die die gesellschaftliche Last zu tragen

2 Ob und inwieweit die klassizistischen Bildungsideen jemals etwas anderes meinten, muss an anderer Stelle diskutiert werden. Doch ihre Verdächtigkeit erhärtet sich an der historischen Tatsache, dass sich diese Ideale mit dem Bürgertum emanzipierten, schon ihre Verwirklichung sollte dem Ideal einer bürgerlichen Gesellschaft von Freien und Gleichen entsprechen, die auch das Geldsystem in der Tat als System der Freiheit und Gleichheit gestiftet hat. Ganz im liberalen Sinne galt: je vernünftiger die Einzelnen, desto vernünftiger das Ganze. Das hier Bildung, hypostasiert als rein und von gesellschaftlicher Bindung befreit, zum Apologeten der ungeschlichteten naturwüchsigen Produktion wird, kommt in dieser ideologischen Verkehrung schon nicht mehr vor. Die Studierendenbewegung tappt sogleich in die selbe Falle und will utopischerweise dieses Ideal verwirklichen und erzeugt dabei doch nur wieder die trügende Hoffnung: dass Bildung den Menschen das gäbe, was die Realität ihnen versagt. Dass sich ihre Argumentation damit selbst der Lüge überführt, muss kaum noch gesagt werden.

haben und geprellt werden, steht dabei überhaupt nicht zur Disposition.
Was sich nun durch freien Hochschulzugang, Privatisierung und Einheitsschule durchsetzt, ist nicht die Emanzipation des bürgerlichen Subjekts, sondern ein Komplex aus Angst, Flexibilisierung, Leistungsdruck und frühkindlicher Optimierung.

Dem gesellt sich ein zweiter, fast noch wichtigerer Aspekt anheim. Der Prozess zur gesellschaftlichen Öffnung der Bildungsgüter und -institutionen ist leidlich selbst gewollt von den herrschenden Schichten (man schaue nur zu den protestierenden Eltern in Hamburg), die aus der bisherigen „Exklusivität" von Bildung nicht nur ihre gesellschaftliche Privilegierung extrahieren, sondern vielmehr objektiv determiniert. Die Grenzen der Prozesse verlaufen viel komplexer, als das Gut-Böse-Schema der Protestierenden vermuten lässt. Nicht zuletzt äußert sich dies in der gleichzeitigen Existenz von Elitehochschulen und Massenuniversitäten, von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ab der 5. Klasse in der bundesrepublikanischen Bildungslandschaft.

Die Gleichzeitigkeit resultiert aus den Kämpfen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, die sich gegenseitig zu blockieren zu scheinen. Während die einen noch ihr Privileg verteidigen und im G8-Modell zu steigern suchen, ist es ökonomisch längst zur Disposition gestellt und die Gemeinschaftsschule wird von Linkspartei und SPD durchgesetzt; während die einen für freien Zugang zu Bildung kämpfen, ist er ökonomisch notwendig geworden; während die einen die ökonomische Notwendigkeit von Liberalisierung einfordern, graut den anderen vor Auflösung gesellschaftlicher Schranken. Das hier die historische Bedeutung von „Links" als radikaler Flügel des Bürgertums wieder erscheint, sollte um ein weiteres skeptisch werden lassen. Der ökonomische Grund der Verhältnisse, die Spaltung zwischen wirtschaftlicher Macht und Ohnmacht, zieht so tendenziell auch die Mächtigen in ihren Bann. Die Selbstverflochtenheit der Herrschenden in die ihnen äußerliche Macht führt sie ihrer eigenen Entfremdung zu, unter deren Bann gravitierend sie die Möglichkeit verpassen, gesellschaftliche Prozesse zu beherrschen.

Schlussendlich: Es bleibt festzuhalten, dass sich Warenförmigkeit der Bildung und freier Zugang zu ihr heute nicht ausschließen, sondern sich ergänzen. Nimmt die Studierendenbewegung diese Tatsache ganz ungeachtet der realen finanziellen Probleme nicht zum Gegenstand ihrer Reflexion, sind ihre Forderungen zur fragwürdigen Gegenwart geworden. Sollte dagegen wiederum protestiert werden, haben wir unsere Begriffe fast vollständig an die Realität verloren. Selbst in den eigenen Forderungen wird die Schlichtung dieses Antagonismus immer deutlicher, so dient für längeren Bezug von BAföG lebenslanges Lernen als Argument, für bessere Ausstattung der Schulen und Hochschulen die Investition in die Zukunft. Krönenden Abschluss findet dies in der wahrhaft ideologischen Forderung: „Wir sind MehrWert!" Der Studierende sollte mittlerweile verstanden haben, dass sein Studium nicht die Verwirklichung der Illusion bedeutet, Teil der herrschenden Klasse zu werden. Die sozialpsychologische Verdrängung der eigenen Proletarität durch das Spähen auf Karriere verhindert die notwendige Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen. Wird diese Verbindung doch herbeihalluziniert, wie in jener sächsischen Demonstration, so nicht für eine befreite Gesellschaft, sondern für Zukunft und Zusammenhalt. Damit steht die Bewegung unter dem Niveau der Geschichte, unter aller Kritik, denn der Geist einer bornierten nationalstaatlichen Ökonomie ist durch die kosmopolitische Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft widerlegt. Diese kann nur durch eine radikale Gesellschaftskritik gebrochen werden, deswegen sollte es zu einem Grundanliegen werden, sich die marxsche Gesellschaftskritik zu eigen zu machen, anstatt reformistische Forderungen zu postulieren. Und in diesem Sinn ist es zu begrüßen, dass Teile der Studierendenschaft immerhin bemüht sind, sich der Theorie wieder zu bemächtigen. Dass dies mehr als dringlich ist, sollte der Text zeigen.
Ob sich freier Hochschulzugang oder auch bedingungsloses Grundeinkommen am Ende wirklich positiv auf den freien Markt auswirken werden, kann und soll hier nicht diskutiert werden.

Solidaritätsadresse an die Wütenden in Frankreich

Während der Großteil der Welt gegenüber der anlaufenden Krise weitgehend in passiver Anschauung verharrt, äußert sich vermehrt ein Unbehagen, das sich in den Kämpfen der Arbeiter und den gewalttätigen Impulsen der Jugend Ausdruck verleiht. Die scheinbare Geschlossenheit der Welt und das proklamierte Ende der Geschichte erweisen sich angesichts dieser neuen Widersprüche, ohne die diese alte Welt niemals auskommen wird, als Trugbild. Entgegen der ideologischen Prophezeiung der Apologeten dieser Gesellschaft zeigt sich an den rebellischen Akten das Bestehen der objektiven Möglichkeit, dass die Menschen ihre Geschichte bewusst zur Befreiung führen und nicht kontemplativ unter den Bedingungen ihrer Knechtschaft verharren. Die weitere Entwicklung dieser Widersprüche ist noch offen und ihre Resultate stehen noch aus. Ob die globale Krisenentwicklung einen neuen regressiven Umschwung zeitigt und die Fäulnis dieser Welt endgültig besiegelt oder ob emanzipatorische Bestrebungen sich entfalten, muss sich erst noch in der Austragung der Kämpfe erweisen.

Obgleich die von Anfang September bis Ende Oktober diesen Jahres Protestierenden in Frankreich ihr Bewusstsein der durch die Krise forcierten Verelendung ihrer ohnehin erbärmlichen Lage artikuliert haben, herrscht in Deutschland die übliche Friedhofsruhe: Der deutsche

Volksgeist frönt dem Ressentiment gegen das halluzinierte Prinzip des Nonkonformismus. Die französischen Proteste haben sich dagegen als Verteidigung ihrer Privilegien gegen den Angriff der staatlichen Regulationsmechanismen begriffen und auf bornierte Weise Forderungen an den Staat gerichtet, während sie unter Obhut der Gewerkschaften agierten. Ihnen fehlte es an Einsicht über den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Rationierungsmaßnahmen ihrer Lebenssituation. Die Bewegung der Streiks begriff sich nicht selbst, das heißt, sie missverstand ihre Aktionen als von Gesellschaftlichkeit isolierte Handlungen und war darum nicht in der Lage, sie zu mehr als konjunktureller gesamtgesellschaftlicher Wirkmacht zu entfalten. Sie hatte von den verwaltenden Institutionen der bestehenden Ordnung weder eine unmittelbare Verbesserung, noch einen generellen Ausstieg aus ihren prekären Lebensbedingungen zu erwarten. Dessen Realisierung hätte einer autonomen Organisierung des Protests bedürft, also einer Entfaltung der Kämpfe unabhängig und gegen die bestehenden institutionelle Verwaltung.

Die Spekulation der Presse über eine mögliche Radikalisierung der Bewegung und die Klage der französischen Gewerkschaften über einen Protest *außerhalb ihrer Kontrolle* wenige Tage nach Anlaufen der Streiks offenbart, daß die Proteste von Anfang an nicht gänzlich in das Management der Bürokraten des Spektakels integriert werden konnten. Die Gewerkschaften mussten den Arbeitern bereits hinterherlaufen, um sie in die Koordinaten des Bestehenden zurückzuverweisen und in die herrschaftlich legitime Form eines organisierten Streiks zu transformieren, der kontrollierbar und daher ungefährlich für das existierende Kräfteverhältnis sein würde.[1] Unter dem Druck der wütenden Arbeiterschaft wurde es für die Gewerkschaften daher notwendig, auf Streikversammlungen „unbefristet verlängerbaren Streiks" anzukündigen, um überhaupt noch in Sichtweite der Proteste bleiben zu können.

Seit dem dritten Tag der Streiks begannen sich auch Schüler in ganz Frankreich dem Protest mit eigenen Demonstrationen und Besetzungen ihrer Schulen anzuschließen. 300 Schulen wurden am dritten, 500 am vierten und 850 am fünften Tag besetzt, als sich auch Studenten und die Studentengewerkschaft UNEF an den Protesten zu beteiligen begannen. Die Teilnahme von Lohnabhängigen an den Demonstrationen der Schüler und die von 300 Gymnasiasten an den Streiks der Arbeiter zeigt, wie gering zementiert die gesellschaftliche Trennung der bereits Proletarisierten von den auf ihre Proletarität vorbereitet werdenden Jugendlichen in Frankreich ist und eröffnete die Chance, daß sich der Protest nicht als getrennter geistiger und körperlicher Arbeiter vereinte, sondern daß die Jugend Frankreichs in der Enteignung der Proletarisierten vom historischen Bewusstsein der Klassenkämpfe und der Ohnmacht hinsichtlich des Gebrauchs ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten ihre eigene Enteignung und Ohnmacht erkannten, sodann auch in jenem Kampf den ihren erblicken konnten.

Die Schüler können nur zufrieden darüber sein, daß die Polizei bei ihren Demonstrationen so hart wie möglich gegen sie vorgegangen ist, weil sie die Besetzung von Schulen und ihren Protest völlig richtig als ein Fragment der gesamten Bewegung, als den jugendlichen Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Wirkmächtigkeit begriffen hatte. Angesichts des Heeres der Streikenden hinter und zum Teil bereits unter ihnen erkannten die Hüter der repressiven Harmonie in ihnen ganz das gleiche Aufbegehren gegen die alte Ordnung der Dinge wie in den Wellen der Streiks. Auf dem Planeten des unaufhaltsamen in die Zukunft drängenden Fortschritts frönt diese Harmonie den Kategorien einer Ordnung, die für die lebende Generation nicht mehr übrig hat, als ihre Möglichkeiten, das Leben selbst zu gestalten zu verschlucken und sie auf die nächste zu vertrösten. Nicht die Jugend Frankreichs hatte *sich* in diesen Augenblicken von dem Leben gelöst, das zu führen man sie anhält, als dass sich vielmehr die derzeitige Gestaltung dessen, was man ihnen als „Leben" *ausgeben will* in all ihren beschränkten Variationen von dem gelöst hatte, was zu gestalten und zu sein sie beanspruchten.

Wo der Minister für Erziehung an die Angst eines jeden einzelnen Schülers appellierte, sich einer durch die Konsequenzen des Streikes rationierteren Menge notwendiger Rohstoffe gegenüberstehen zu sehen und dazu aufforderte, die Lage nicht weiter zu destabilisieren, dort geißelten die Vertreter der Jungsozialisten und Grünen ein zu hartes Vorgehen der Staatsgewalt gegen die Schülerdemonstrationen: in der abgeschlossenen Sphäre politischer Repräsentation. In ihr wurde keine angemessene Reaktion auf die Situation geboten, da ihre politischen Referenten sie nicht im Geringsten begreifen konnten. Über einen ganzen Monat lang existierte unter den Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten Frankreichs keine Angst mehr davor, auf ein noch geringeres Quantum von Waren Zugriff zu haben, weil sie ihre Trennung von der Gesamtheit des gesellschaftlichen Reichtums *generell in Frage zu stellen begannen*. Dieser Moment eröffnete die Chance, daß die sich als Ware verwaltenden, da von der totalitären Rationalität der Ware verwalteten Menschen aufhören hätten können, die Verselbstständigung ihrer gesammelten Fähigkeiten im abstrakten Überfluss der Warenwelt, in der plastischen Verhöhnung ihrer selbst produzierten und reproduzierten Enteignung hinzunehmen. In Ermangelung der Angst vor einer Gesellschaft mit noch weniger abstrakten Pseudo-Reichtum an Waren liegt die Möglichkeit zur Bewusstwerdung, daß eine gesellschaftliche Menschheit keine Waren mehr nötig haben wird: zum Problem wird dann nicht mehr, daß es *zu wenig* von ihnen geben könnte, sondern *daß*

1 Ein Kräfteverhältnis, in dem die Proletarisierten keine und die mit dem Monopol der Verfügung über die gesellschaftlichen Möglichkeiten alle Macht haben.

es sie gibt. Anstürme von Benzin hortenden Autofahrern auf die Tankstellen Frankreichs kurz vor dem ersten Wochenende der Streiks haben nicht bewiesen, daß die Franzosen fürchteten, an einem ihrer Grundrohstoffe zu ermangeln, sondern stellten die realistische Einschätzung der Ausdauer und Entschlossenheit der Streikenden dar - während Verkehrsstaatssekretär Dominique Busserau der Bevölkerung im Radio dazu geraten hatte, keine Vorräte anzulegen, weil man sie nicht brauchen werde.[2] In ihrer gängigen Souveränität unterschätzten die politischen Regenten jedweder coleur die sich in den Protesten äußernden radikalen Bedürfnisse, welche über die bloße Ablehnung der Rentenreform hinausgegegangen waren, und degradierten das Bewusstsein der aufbegehrenden Lohnarbeiter auf das der Bürokraten ihrer gewerkschaftlichen Repräsentation, wie das der Jugendlichen auf das Verwaltungsbewusstsein ihrer sozialen Repräsentanten: es wird alles sich in den Grenzlinien der bestehenden Ordnung einrichten lassen, war das *Motto der Vertretung*. Es unterlag weniger der realistischen Beurteilung der Lage, als dem Prinzip Hoffnung.

Francois Chereque, Chef des Gewerkschaftsbundes CFDT, drohte der französischen Regierung mit einer Radikalisierung der Proteste, weil die Radikalität der Bewegung, d.h. ihre breiten, spektralen Aufbrüche in nahezu allen Sektoren des französischen Proletariats seine eigene Position als Repräsent der protestierenden Arbeiter innerhalb seines gewerkschaftlichen Tarifvereines zu gefährden begann. Der französische Innenminister Brice Hortefeux etikettierte in einer Erklärung vor der versammelten französischen Presse die aufbegehrenden Franzosen als Ganoven, deren Gewalt inaktzeptabel sei und die darum nicht ungestraft davon kommen würden, weil er nicht aktzeptieren konnte, daß jemand ihn als Verwalter allumfassender tagtäglicher staatlicher Gewalt mit einer Gewalt untergraben und konfrontiert hatte, die ihn nicht mehr ungestraft davon kommen lassen wollte. Von der Wut ungebildeter, perspektivloser Jugendlichen aus den Banlieues wurde nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa in den Medien gesprochen, weil die Erfinder solcher Phrasen Sozialpädagogen sind, die bei der gleichen Teilung allgemeiner Perspektivlosigkeit eines um sich selbst gebrachten Lebens Angst davor haben, daß genau diese Jugendlichen mehr über die bestehenden Sozietät wissen als sie: da man in jedem Augenblick dieses enteigneten Lebens eine ganze Welt verliert, jeder Augenblick verloren ist in einer Welt, die nicht die eigene sein kann; daß das Proletariat bei aller Bildung an jeder sprachlichen Äußerung ermangelt, die seiner Enteignung angemessen ist - außer den Gesten des Aufstandes.

In dieser Breite hatte die Bewegung eine solche Quantität angenommen, daß selbst die Polizei versuchte, die Teilnehmerzahlen von Demonstrationen mit staatlicher Garantie herunterzuspielen - und dafür von der Polizeigewerkschaft UNSA Police, deren Mitglieder selbst Teilnehmer von Demonstrationen waren, gerügt wurde. Die Konfusion unter den Wächtern des gesellschaftlichen Schlafes konnte kaum stärker sein und die drohende Kluft eines immer größer werdenden Grenzverlaufs zwischen denen, welche die alte Welt nicht mehr der Schonung wert halten und denen, die ihr ganz verhaftet sind, kaum größer werden. Während die Unternehmer der UPE 13[3] darüber spekulierten, wie teuer die Akte des französischen Proletariats ihnen zu stehen kommen würden, bewies dieses sein Wissen darum, daß man es um den von ihm geschaffenen Reichtum und die bewusste Gestaltung seines Lebens betrogen hat. Da jedem Lohnabhängigen vor Bewusstsein war, daß man bislang mit dem *gesellschaftlichen Nichts*, daß er ist und dem mangelnden Willen daran, *es nicht mehr seien zu wollen*, fest rechnen konnte, kalkulierten sie nicht die Verluste ihrer Streiks - weder die internationalen des von den Unternehmerverbänden und ihren Vertretern wie Laurence Parisot, Chefin des französischen Arbeitgeberverbandes Medef, befürchteten Imageverlustes Frankreichs innerhalb der global untereinander konkurrierenden Kapitale, noch den nationalen der konkurrierenden Kapitale ihrer Bosse.

Aus den Kommentaren der Gewerkschaftsbürokraten und aus den konzentrierten und gut koordinierten Aktionen des Proletariats lässt sich mit Sicherheit schlussfolgern, dass ein hohes Maß an Autonomie in den Klassenkämpfen in Frankreich vorlag. Was geschehen ist, bleibt immer möglich. Doch die von Gewerkschaftssymbolen übersähte Bildsprache der Demonstrationen, der von den Gewerkschaften mobilisierte und zu großen Teilen organisierte Protest, sowie ausbleibende dezidiert antigewerkschaftlichen Parolen und Aktionen deuten auf einen relative Stabilität der Arbeiterverwaltung in Frankreich hin, die in der Protestbewegung des Oktobers erst langsam durch einen Protest der Jugend zu bröckeln begann, der über die an ihn gerichteten Appelle streikender Bahnarbeiter der CGT, "besonnen" zu bleiben, nur spöttisch lachte. Auf einen möglichen Beginn der Desintegration

2 Ende Oktober offenbarte sein Appell sich als Lüge und die französische Regierung musste ihre Treibstoffreserven anzapfen, um die Maschine am Laufen zu halten. Die Effektivität des „Benzinkrieges" erwies sich gerade anhand des Brachliegens der Benzinversorgung, der Anzapfung des nationalen Vorrats, der Schwierigkeit der Verteilung der (importierten) Treibstoffe angesichts des Streiks und der Blockaden des Transportsektors.

3 Union pour les Entreprises des Bouches du Rhône (Vereinigung für die Unternehmen des Bezirks Bouches-du-Rhône)

tarifvereinlicher Klassenkampfbefrieder weisen auch die die lohnarbeitsteilige Trennung übergreifenden „interprofessionellen" Aktionskomitees hin, die sich überall in Frankreich während des Protestes unabhängig von den Gewerkschaften in den quartiers der Großstädte oder als kollektive Aktionsgruppen verschiedener Sektoren des französischen Proletariats gebildet hatten. Sie organisierten zuvorderst Aktivitäten über die Orte der Lohnarbeit hinaus, blockierten Autobahnzubringer, lokale Niederlassungen des Arbeitgeberverbands MEDEF und Treibstoffdepots.[4]

Tatsächlich deutete der der Lage einzig angemessene, aber ausbleibende Akt der Franzosen an ihren Tankstellen daraufhin, daß die Streikwelle in Frankreich zu dieser Zeit noch nicht die Qualität einer Revolte gegen die alte Welt der Ware angenommen hatte. Wäre der Okkultismus dieses Mediums in seinem Bann über das Bewusstsein gebrochen, dann hätten die Franzosen ihre Tankstellen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln geplündert und nicht mit Geldscheinen und Kreditkarten gestürmt.[5] Die Desillusionierung über das naturwüchsige Eigenleben des Kapitals und das Bewusstsein von der Herstellung seiner Macht über die in die Proletarität geworfene Menschheit durch ihre eigene fetischistische gesellschaftliche Praxis hätte zum Kampf hinzutreten müssen, wenn eine revolutionäre, unumkehrbare Situation aus den Chancen des Widerstandes gegen die geplanten Rationierungen der französischen Regierung konstruiert hätte werden sollen. Ausszuschließen wäre dann nicht mehr gewesen, daß die Ansammlung von Benzin ihre Verwendung in der Niederbrennung aller Signifikanten finden hätte können, welche auf die bestehende Einrichtung dieser Gesellschaft verweisen.

Der Kampf gegen die Rationierung des bisherigen Lebenststandards wurde in Frankreich von Anbeginn an in der Sphäre der Lohnarbeit geführt – dort, wo es weh tut. Diese Sphäre mit ihren gesellschaftlichen Verkehrungen ist für den Bewusstseinsstand der Protestierenden bestimmend und so wurde die Grenze die Einsicht in ihre eigenen Lebensverhältnisse davon gezogen, daß sich die Protestbewegung als gesellschaftliche Macht von der Macht der Einflussnahme auf die Entwicklung der Gesellschaft getrennt wusste, aber ihre Teilnehmer sich nicht als die diese Trennung *immer schon entwickelnden gesellschaftlichen Menschen* begriffen haben. Was fehlte, war das Bewusstsein, dass der gesellschaftliche Lebensprozess des Proletariats, der dem Kapital gegenüber als Klasse an sich proletarisierte Menschen, als materieller Produktionsprozess der Gesellschaft immer schon konstitutiv für diese ist: Die zur Ohnmacht eines wirkunmächtigen gesellschaftlichen Nichts degradierten Produzenten des gesamtgesellschaftlichen Reichtums stellen mit diesem auch seine fetischistische Verselbständigung und damit die reale Verdinglichung der gesellschaftlichen Vermittlung ihrer eigenen sozialen Beziehungen durch die Vergesellschaftung über sachliche Verhältnisse von Waren her. Wäre dies durch die theoretisch Praxis begrifflicher Reflektion auf den proletarischen Klassenkampf, aus ihm sich entwickelnd vollständig zu Bewusstsein gekommen, dann hätte die Lohnarbeitssphäre nicht nur als wichtiger Ort des Interessenkampfes, sondern der vollständigen Bemächtigung erkannt werden können. Dann hätten die Möglichkeiten, die konterrevolutionäre Macht vor allem gewerkschaftlicher, doch auch politischer und sozialer Vertretung wegzusprengen sich realistisch ausloten lassen und die Bewegung der Streiks in ihrer Dynamik entfalten können: Jedwede Formen der Repräsentation lahmlegend und als das die eigenmächtige Konstitution einer proletarischen Revolte *sabotierende Manöver* der Taktik des Spektakels angreifend.

4 Noch am Wochenende vom 06. zum 07. November, einige Tage, nachdem die internationale Presse die Bewegung der Streiks gänzlich für ad acta gelegt ausgab, wurde in Tours ein landesweites Treffen von Vertretern der Aktionskomitees durchgeführt, um über zukünftige Möglichkeiten des Protestes zu beraten. Dieses konnte allerdings aufgrund des Abflauens der gesamten Bewegung keine gesamtgesellschaftliche Relevanz entfalten.

5 Die Jugend Frankreichs machte es ihnen drei Tage später vor. Die Plünderung von Geschäften in Lyon zeigte den mangelnden Respekt gegenüber dem Staat, der den Schutz des Privateigentums und der Ware ins Recht setzt. Die ausbleibende Zerstörung der geplünderten Waren deutete dagegen an, daß der Respekt der metaphysischen Macht dieses pseudo-heiligen Dinges noch ungebrochen war und es, wie sich im Nachhinein herausstellte, auch blieb. Es markierte zugleich den beschränkten Stand des Bewusstseins der gesamten Bewegung auf dem höchsten Niveau ihres Ausdrucks.

Der Historische Materialismus ist ein Realismus

Zur Konstitution revolutionärer Subjektivität und ihrer Organisierung im Diesseits

"Von einem gewissen Punkt an gibt es keine Rückkehr mehr. Dieser Punkt ist zu erreichen."

Die Möglichkeiten, die die vorliegende Gesellschaft in ihrer realen Dialektik fortwährend und immer indiskreter zu ihrer eigenen Negation arrangiert, dehnen sich aus. Der bisweilen mehr oder minder geführte unterirdische Bürgerkrieg treibt an die gesellschaftliche Oberfläche und wird mit zunehmend unbeirrterer Ausdauer und erbitterteren Mitteln geführt. Das Ineinsfallen seines Ausbruchs mit einer Lösung innerhalb der bestehenden Koordinaten kann uns die etablierte Ordnung der Dinge nicht länger glauben machen. Ihre Kanaillen der Pseudo-Kritik, die die Antriebe und Impulse der Revoltierenden zum Verteilungsproblem des Reichtums, zu Forderungen nach Lohnerhöhungen, zum Wunsch nach der Anerkennung des „Werts der Arbeit" und zum militanten Nihilismus einer perspektivlosen Jugend verfälschen, können nicht über den organisierten Mangel hinwegtäuschen, dass unsere Epoche der Rückkehr des Proletariats von allen *erfahren*, aber nicht *begriffen* wird.

Die Organisation, die die materielle Ausstattung des alltäglichen Lebens zuweist, ist so eingerichtet, dass der Reichtum, der die Funktion haben sollte, das Leben ausgiebiger gestalten zu können, sich in Wirklichkeit gegen die Menschen verkehrt und ihre Macht in seinem unabhängigen Dasein als Subjekt Kapital konzentriert. Mit dessen Produktion treiben die Proletarisierten, als größte Produktivkraft überhaupt, die Entwicklung kaum ermesslicher Produktivkräfte und zugleich beschränkter und sie beschränkender Produktionsverhältnisse voran. Jedes Komfortelement, dass die Organisation des Lebens erleichtern und zu ihr reichlicher befähigen sollte, stürzt sie so in Gestalt einer befreienden Möglichkeit und einer zwanghaften Entfremdung in die Ohnmacht bewusstloser Anhängsel. Sie sind zu passiven Objekten äußerlicher Notwendigkeiten und des realen Scheins von Zwängen verdammt, die sich in einer ihnen gegenübertretenden, selbstständigen Macht vernünftiger Planung und bewusster Kontrolle entziehen und verdinglicht als sachliche Eigenschaften des Reichtums selbst erscheinen.

So wohnt der Herrschaft der Dinge, die jede menschliche Macht in ihrer autonomen Bewegung zur Ohnmacht auftürmt, notwendig falsch die Naturalisierung und Ahistorisierung der kapitalistischen Form von Vergesellschaftung inne, deren fortwährende Konstitution durch menschliche Praxis unbewusst bleibt. Die Entfremdung der Gattungskräfte und der individuellen Fähigkeiten der Lohnabhängigen ist das praktische Resultat ihrer eigenhändigen, doch unbewusst erzeugten Trennung vom gesamtgesellschaftlichen, gleichfalls in entfremdeter Form vorliegenden Reichtum, der Verfügung über ihre Lebenszeit, des Gebrauchs ihres Lebens und der Mittel, es zu produzieren. Nun sind sie dazu verdammt herumzuwandern, an eine weit von ihnen entfernte Arbeit gebunden, und jeden Tag verlieren sie den Geschmack, die Arten und sogar die Sprache, um ihre Fähigkeiten durch ein freies Agieren im Raum vorhandener Möglichkeiten zu nutzen. Materielle Basis, aus der diese Entfremdung erläutert und begriffen werden muss, ist ihr wirklicher Lebensprozess, der ein Produktionsverhältnis von Klassen ist.

Die Feststellung der Verbannung der menschlichen Gattung in das Kapitalverhältnis und des Großteils der Menschen in den Zustand der Proletarität kann keine Verortung gegenwärtiger revolutionärer Subjektivität durch Etablierung einer positiven Größe vorrausschicken.[1] Sie ist Bestimmungsgrund der Frage seiner Gestaltungsbedingungen. Das Proletariat ist keine bereits existierende revolutionäre Entität, die als Träger kommunistischer Emanzipation nur noch zu sich selbst kommen müsste. Es ist eine „Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist", der deklassierte kollektive Produzent einer gemeinsamen Situation von *Existenz*bedingungen, der seine *Lebens*bedingung nicht als Situation gemeinsamer freier und bewusster Handlungen konstruieren kann, ein globales gesellschaftliches Territorium, auf dem alle Menschen das gleiche universelle Leid und Unheil einer unmenschlichen Gesellschaft erfahren, der Mangel der bürgerlichen Gesellschaft, in welchem alle Mängel der bürgerlichen Gesellschaft als vertraute Anwesenheit ungesellschaftlicher Fremdheit kondensieren. Es ist das in diesem Gemeinwesen wirkende Negative, weil es das Produkt der Negation seiner Begierden, Fähigkeiten, Möglichkeiten und den Mitteln, diese zu befriedigen, zu entfalten, zu nutzen und selbstständig zu entwickeln, ist. Es ist die die gesamte Welt mehr und mehr umspannende Unmenge der Arbeiter, die „jede Macht über die Bestimmung ihres Lebens verloren haben" und sich selbst als destruktive Partei des Proletariats verstehen, sobald sie anfangen, *dies zu wissen*.

Die dem Kapital gegenüber proletarisierten Menschen, die als Subjekt der Produktion den sachlichen gesellschaftlichen Reichtum an Gebrauchswerten herstellen, haben bereits begonnen, das *Vertrauen* ihres entfremdetes Leben

1 Ansonsten verdrängt sie ihre eigene Ohnmacht und kompensiert sie in der Hybris von Allmachtsfantasien.

und die Ablehnung dieses entfremdeten Lebens als negatives Moment seiner widersprüchlichen Dynamik auszudrücken, ohne daß es ihnen *verständlich* wäre. Nie konnte man in den letzten Dekaden klarer erblicken, daß sie ihre Gegenüberstellung und Selbstständigkeit im Angesicht des sich ihnen gegenüberstellenden und verselbstständigenden toten Überflusses der abstrakten Konformität von Waren, d.i. von Werten, einleiten. Der lohnversklavten Menschheit beginnt zu dämmern, daß ihre existenzielle Wirklichkeit eines bloßen Überlebens im Lohnwesen hinsichtlich der sich ständig ausweitenden objektiven Möglichkeiten des materiellen und kuturellen Lebensprozesses ein im Elend gefristetes Dasein ist.[2] Jedoch wurde diese einfache Tatsache auch nie so sehr geleugnet.

Von dieser Dämmerung muss als Stadium gelebter Zeit von Streiks, Besetzungen, Verweigerungen und Demobilisierungen ausgegangen werden, damit sie über sich selbst zu Bewusstsein gebracht werden kann. Noch ist nicht abzusehen, ob sie einen neuen Morgen oder tiefste Nacht ankündigt. Nach d*er* Katastrophe, die nicht auf den Begriff gebracht, sondern nur unter der „Chiffre Auschwitz" behandelt werden kann, ist jedes Vertrauen auf die Dialektik eines sich in den Klassenkämpfen vermeintlich von selbst entwickelnden Klassenbewusstseins als bornierter verdinglichter Arbeiterismus historisch hinfällig geworden. Was als fabrikatorische Vernichtungsgsindustrie am europäischen Judentum praktiziert wurde, hat sich irreversibel in den Begriff der Klasse eingeschrieben. In der phantasmagorischen Projektion verselbständigter gesellschaftlicher Mächte auf das Ersatzobjekt der Juden verschob sich nicht allein die Konterrevolution gegen das revolutionäre Proletariat und dessen universelle Subversion. Sie diente, als personifizierte Inkarnation dieser Mächte, gleichzeitig dem völkisch-antikapitalistischen Kampf der Nationalsozialisten gegen die moderne bürgerliche Zivilisation. Die Abspaltung der in der Volksgemeinschaft aufgehenden Prolet-Arier vom globalen Proletariat und der Verkehrung des kapitalistischen Zwangs zur proletarischen Arbeit als verzerrtes bürgerliches Glücksversprechen markiert den Umschlag der auf dem Terrain der bürgerlichen Gesellschaft stattfindenden Deklassierung des Proletariats zu der sich von diesem Terrain absetzenden physischen Vernichtung der Juden. „Arbeit macht frei!" bezeugt als Motto der Vernichtung das Scheitern der gesamten Arbeiterbewegung angesichts der Shoa. In ihrem „kollektiven Narzissmus", indem sie ihre eigene geschichtliche Wirkungslosigkeit und gesellschaftliche Bewusstlosigkeit mit der Integration in das höhere Wesen der Volksgemeinschaft kompensiert und die Imagination aller wirkender Praxis der Macht auf das Bild des Führers übertragen hatten, nahmen die Arbeiter den Angriff auf die Juden als Angriff auf sich selbst und den antisemitischen Antikapitalismus der Nazis als Konterrevolution nicht erst gegen die kommunistische Weltrevolution, sondern deren unhintergehbaren bürgerlichen Voraussetzungen nicht wahr. Damit ist auch eine jede Wissenschaft und Auffassung von Geschichte in Frage gestellt worden, die die „zivilisatorische Mission des Kapitals" und die „historische Mission des Proletariats" als eine bis zur positiven Aufhebung des Kapitalverhältnisses unabwendbar im Produktionsprozess verankerte Kontinuität begreift. So blamiert sich die falsche Dichotomie einer dem Kapital geschichtsteleologisch zugeschriebenen objektv-immanenten Logik und der Arbeitertümelei eines sich in den alltäglichen Klassenkämpfen quasi automatisch herstellende Klassenbewusstseins an einer logisch wie historisch verstörenden Konstellation, die ihren Gegenstand noch in der größten Vermittlungsbemühung nicht mehr auf den Begriff zu bringen vermag. Der nicht ableitbare Bruch der Shoa muss so von Marxisten und Linken jeder couleur ständig tabuisiert und verschwiegen, verdrängt, geleugnet oder gar relativiert werden, damit mit einer kritischen Theorie der Gesellschaft nach Auschwitz einfach weitergemacht werden kann wie zuvor. Eingedenk diese Katastrophe, ist das Bestehen der Möglichkeit des Kommunismus nach Auschwitz kein historischer Glücksfall, sondern die fortbestehende Barbarei. Damit stellt sich andererseits notwendig erneut und gänzlich anders die Frage nach ihrer Nutzung. Angesichts des Ausmaßes der nazifaschistischen Barbarei im Massenmord an den europäischen Juden und der barbarischen Tradition der vergangenen Geschlechter, die die bürgerliche Gesellschaft in sich aufhebt und die somit jederzeit möglich bleibt, wird sie um so dringender. Die unmittelbare Zerrissenheit der proletarischen Bemühungen, sich als die wirkliche Bewegung des Kommunismus zu konstituieren und der Katastrophe, die dieses Vorhaben historisch durchgestrichen hat, lässt sich nicht ebenso unmittelbar voluntaristisch versöhnen. Es bleibt nur, in der Kritik der objektiven Möglichkeiten und des Elends der kapitalistischen Ökonomie ihre dialektischen Widersprüche auf die Bedingungen ihrer Überwindung und die Chancen kommunistischen Aneignung hin zu erforschen und zugleich die permanente Möglichkeit des Umschlages in die entfesselte Katastrophe als Korrektiv bis in ihre innersten Kategorien zu reflektieren.

Damit das Verdrängte nicht als neurotische Wiederkehr des Antisemitismus in seiner modernsten geopolitischen Darstellung der antizionistischen „Israel-Kritik" wiederkehrt, sondern das Unbewusste wieder bewusst gemacht werden kann, hat die Kritik der kapitalistischen Totalität die wirklichen Verkehrungen umzukehren. Im Zeitalter des integrierten Spektakulären, in dem die Produktionsverhältnisse die letzten Fasern der menschlichen Lebenswelt durchziehen und allen Gebieten ihr Diktat aufherrschen, kann sie sich nur durch den praktischen Materialismus der Lohnabhängigen einheitlich formieren, die die Umstände ihres gesellschaftlichen Daseins strategisch aus ihrem Alltagsleben heraus attackieren und die Besetzung ihrer Lebenswelt durch die

2 In einer Welt, in der die Linie 1 und 14 der Pariser Metro bereits vollautomatisiert ihre Bahnen durchziehen, ist die Kluft zwischen Traum und rationaler Wirklichkeit längst hinfällig geworden.

Produktionsverhältnisse analytisch erklären.[3] Eine Kritik der Proletarität und deren begriffliche Werkzeuge sind den proletarischen Klassenkämpfen zur Beförderung theoretischer Praxis, d.h. als Selbstverständigung über die je eigenen Lebensverhältnisse zur Verfügung zu stellen. Der wirkliche Dialog unter den Lohnabhängigen kann nicht außerhalb der verbündeten und organisierten direkten Kommunikation dieser Praxis stattfinden. Dieses Projekt einer kritischen Theorie der Gesellschaft ist Bedingung revolutionärer Praxis[4] und damit das zentrale Moment einer direkt durch das sich kritisierende Proletariat selbst zu schaffenden Organisation.

Die Organisierung des unmittelbaren Dialoges des Proletariats hat darum von Anfang an in doppelter Frontstellung den Kampf gegen den Avantgardismus und Spontaneismus zu führen, die es als bisherige historische Konzepte kommunistischer Organisation nicht vermochten, den damit einhergehenden Anforderungen gerecht zu werden. Spiegelbildlich zueinander sich verhaltende Extreme, gehen sie beide von einem fixierten Bild des Proletariats aus, dessen beständig sich verändernde, prozesshafte Zusammensetzung und geschichtlich offene Variabilität ihnen entgeht. Als anti-autoritäre und kontemplative Variante hofft der Spontaneismus auf die Erhebung des äußerlich zu den bestehenden Mystifikationen und Fetischformen stehenden und per se revolutionären Interesses des Proletariats (darum dünkt er sich historisch getrennt von seiner Repräsentation in der wirklichen Bewegung). Der Avantgardismus hingegen tritt in Form berufsrevolutionärer intellektueller Kader der über die nur zum gewerkschaftlichen Bewußtsein befähigten Arbeiter übergreifenden und ihnen autoritär jakobinistisch kritisch-revolutionäres Bewußtsein implementierenden Partei des Willens auf (die in ihrer Repräsentation eines angeblich objektiven Interesses des Proletariats nichts repräsentiert, als die Arbeiterbürokratie der Sozialdemokratie). Die Organisierung des Unbehagens kann *keine außer ihr selbst stehende Repräsentation* dulden und keine von ihr getrennte Darstellung aktzeptieren, sei es auf Seiten der gewerkschaftlichen Klassenkampfeinheger und sozialen Verwalter der Revolten, der politischen Parteien oder auf Seiten individueller Darbietungen von Charakteren avantgardistischer Führungscliquen.

Entgegen der Fixierung des Bildes einer bis zur Erstarrung in die systemische Struktur des Kapitalverhältnisses eingeflochtenen Klasse nicht zur selbstständiger revolutionärer Wissenschaft tauglicher Proletarisierter[5] und der Forcierung des Bildes einer sich bereits selbst-bewussten Klasse, die sich lediglich noch zur revolutionären Praxis aufschwingen müsste[6], hat eine kommunistische Organisation revolutionärer Subjektivität weder einer quasireligiösen Organisation, noch einem mystifizierten proletarischen Interesse zuzuschlagen. Sie hat die objektiv-realen Möglichkeiten bewusster und selbsttätiger proletarischer Ermächtigung als Konstitution revolutionärer Subjektivität und deren Bedingungen aufzuzeigen und zu befördern.

Sich an den bisherigen, schlechten Modellen historischer Ansätze abzustoßen, bedeutet auch, mit dem Mythos von „der" Organisation schlechthin als einer zu findenden, ideellen Konzeption des identitären Generalschlüssels für die Revolution Schluss zu machen und stattdessen die notwendigen Aufgaben einer kommunistischen Organisation zu bestimmen und in Folge einer konkreten Sondierung der gegenwärtigen Umstände diese praktisch umzusetzen. Die Frage kommunistischer Organisation wird die „revolutionäre Ideologie" bisheriger organisatorischer Modelle umstürzen müssen, damit die Schwierigkeiten des *positiven Inhalts revolutionärer Subjektivität* erscheinen und sich aufheben lassen und das Proletariat aus seiner bildlichen Versteinerung herausgesprengt wird. Das kann für uns heute nur bedeuten die zersplitterten und isolierten kommunistischen Segmente zu einer Partei des Wissens, d.h. der revolutionären kommunistischen Kritik zusammenzufassen und eine Theorie der Praxis zu entfalten, die sich die vorhandenen oder auch verschütteten Versuche einer kritischen Gesellschaftstheorie zu eigen macht, um eine moderne Kritik (eine Kritik, die der modernen Gesellschaft standhält und damit über sie hinausweist) zu entwickeln, mittels derer ein assoziierter Dialog geführt werden kann.

Die Aneignung und Aufhebung der bürgerlichen Wissenschaft in der positiv-wissenschaftlichen kommunistische Kritik des Proletariats als der *Anti-Klasse* der bürgerlichen Gesellschaft und der theoretischen Tätigkeit der Proletarisierten als praktische Materialisten selbst ist der revolutionäre Prozess der Wissenschaft des Proletariats, die derzeit in die bloß theoretische Antizipation einer ihr entsprechenden wirklichen gesellschaftlichen Macht desintegriert ist. Die gegenwärtig in voneinander getrennte Momente auseinandergefallene Kritik ist von ihrer einheitlichen Negativität als Praxis getrennt, *weil die Proletarisierten von ihrer Theorie getrennt sind.* Das Programm des Organisierungsprozesses der Rückführung des verkehrten Bewusstseins

3 Es muss sich also eine Kritik des alltäglichen Lebens aus dem Alltagsleben heraus formulieren, die zum Ziel die Entkolonisierung ihrer Wirklichkeit durch die sie beschränkenden Verkehrsformen hat.

4 Subjekt revolutionärer Praxis ist das Proletariat allein in seinem, durch den assoziierten Dialog beförderten *kollektiven* Akt der Selbstverneinung, oder es ist nichts.

5 Indem ihr Bewusstsein mit ihrem Dasein als variables Kapital unveränderlich identisch gesetzt und so selbst dem Kapitalfetisch in einem kontemplativen Materialismus aufgessesen wird.

6 Wodurch jeglicher Zusammenhang ihres Daseins als variables Kapital mit ihrem Bewusstsein im Unmittelbarismus eines Gebrauchswertfetischismus der proletarischen Arbeit geleugnet wird.

verdinglichter gesellschaftlicher Verhältnisse, des Scheins ihres ewigwährenden naturgemäßen Eigenlebens auf die gesellschaftliche Praxis und die wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen wird die Theorie der höchst eigenen Praxis des Lebensprozesses der Proletarisierten und untrennbar damit die Praxis ihrer eigenen Theorie zu sein haben. Als Kohärenz in Theorie und Praxis wird es keine utopische Programmatik, oder unbestimmte, theorielose Negation, sondern die immanent-wissenschaftliche kommunistische Kritik auf Höhe der Zeit sein, die an den bestehenden Widersprüchen des bürgerlichen Gemeinwesens die objektiven Möglichkeiten seiner Aufhebung nachweist.

Die Umsetzung dieses organisatorischen Anspruchs bedeutet heute, an der Kritik des Alltagslebens als einer kolonisierten Sphäre anzusetzen, die der Umschlagsort der Ideologie und gleichzeitig auch der Sektor ist, mit dem alle Menschen unmittelbar konfrontiert sind und anhand dessen das Unbehagen dieser Gesellschaft durch Gesten, Revolten und Klassenkämpfe, die zu dechiffrieren und begrifflich zu fassen sind, an die Oberfläche drängt.[7] Praktisch wiederum hat sich dieses Programm einer Kritik, die selbst als Praxis zu begreifen ist, im Alltagsleben zu organisieren und muss als bewusster Teil dieses Unbehagens strategisch handeln, das heißt revolutionäre Realpolitik betreiben. Das bedeutet einerseits jene Praxen des bewusst gewordenen Unbehagens zu assoziieren und andererseits die bestehenden Kräfteverhältnisse so in Stellung zu bringen, um den Kampf gegen alle Formen barbarischer Regression führen zu können. Voraussetzung einer kommunistischen Organisation ist selbstverständlich die illusionslose Anerkennung der vollständigen Niederlage aller bisherigen Versuche einer revolutionären Umwälzung und die klare Konstatierung unserer Situation auf dem Trümmerfeld der Geschichte.

Gleichwohl kann die objektive Ohnmacht kein Grund für defätistische Passivität oder gar fortschrittsgläubigen Aktivismus sein. Denn einerseits besteht weiterhin die objektive Möglichkeit kommunistischer Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Aneignung der entfremdeten vergesellschafteten Gattungskräfte und andererseits kann diese Möglichkeit nur verwirklicht werden, wenn deren Bedingungen und Anforderungen realistisch bestimmt werden. Das heißt, dass die Gesellschaft als Totalität mit samt ihren falschen Trennungen kritisiert werden und sich diese totale Kritik auch in der Organisation ausdrücken muss. Ebenso müssen zwar die organisierten Individuen sich ihrer notwendigen Involviertheit in die getrennten Sphären bewusst sein, aber doch gleichzeitig diese Trennungen in ihren organisatorischen Beziehungen negieren. Das bedeutet, dass die Organisation nur als die Aktivität (nämlich die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden) aller der in ihr assoziierten und somit gleichberechtigten Individuen besteht, von denen sich keines repräsentieren lässt, was notwendige Folge ihrer Passivität wäre. Der rote Faden einer kommunistischen Organisation muss immer die kritische Theoriebildung sein, betrieben als kontinuierliches und kollektives Projekt. Damit ist eine eingreifende und experimentierende Praxis nicht ausgeschlossen, hat sich aber strategisch der theoretischen Kohärenz unterzuordnen, um keine leere Pseudoaktivität zu sein.

Es ist also sowohl einer bornierten theoretischen Haltung zu widersprechen, die jede Praxis ihrer Verstricktheit im Bestehenden bezichtigt (die zunächst immer unausweichlich ist, was wiederum den experimentellen Charakter von Praxis, aber mithin auch Theorieansätzen ausmacht) und in einem infiniten Regress endet, als auch einem blinden Aktivismus, der mit einem Primat der Praxistauglichkeit jedes Denken schon a priori beschneidet. Dagegen wäre der beiden Ansätzen zugrunde liegenden dichotomischen Auffassung des Verhältnisses von Theorie und Praxis deren dialektische Vermitteltheit entgegenzuhalten. Die Beschäftigung mit Theorie wie deren Artikulation und diskursive Behauptung sind praktische Prozesse und können solche wiederum in Gang setzen oder beeinflussen. Praktische Aktivität ist, ausgenommen als mechanischer Reflex, immer eine theoretisch konzipierte und vom Bewusstsein gesteuerte, die erfahrungsmäßig auf Theoriebildung zurückwirken kann oder erst für diese eine Grundlage schafft. Die Dichotomie von Theorie und Praxis hat jedoch dahingehend ihren wahren Kern, dass die Aufhebung des Widerspruchs zwischen der bestehenden kapitalistischen und der noch zu konstituierenden kommunistischen Gesellschaft bislang nur theoretisch zu antizipieren, d.h. von Praxis mit wirklich gesellschaftlicher Macht abgeschnitten ist. Wenn aber die Massen sich dieser Theorie bewusst werden, wobei es sich um keine Aufnahme einer äußerlichen Ideologie, sondern um das Begreifen der höchst eigenen Lebensumstände handelt, dann schlägt

---

7 Die Kritik des Alltagslebens ist bspw. der Kritik der Produktionsverhältnisse keineswegs gegenüberzustellen, sondern beide sind Momente des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses, aber als solche keinesfalls gleich oder beliebig gewichtet.
Selbstverständlich ist die Basis gesellschaftlicher Konstitution die jeweilige Produktionsweise, aus der die gesellschaftlichen Vermittlungsformen herrühren. Demnach folgt z.B. der kontemplative Charakter des kapitalistischen Alltagslebens aus der Kontemplation, in der sich die Proletarisierten als „Anhängsel der Maschinerie" in ihren Produktionsverhältnissen befinden. Die Eigenart der Sphäre des Alltagslebens ist jedoch, dass sie gerade in wenig revolutionären Zeiten der Ort für die Artikulation des Widerstandes gegen die Entfremdung ist. Dieser Widerstand gegen die Entfremdung geht beständig in dieser Gesellschaft quasi „unterirdisch" vor sich und kann sich in diffusen und auch reaktionären Formen äußern. Die sogenannte „Freizeit", in der dieser „unterirdische Krieg" ausgetragen wird, ist zum einen Schein, da keine wirklich freie Verfügung über diese Zeit möglich ist, sondern sie von äußeren, den Menschen fremden Bedingungen bestimmt ist, bietet zum anderen aber die Möglichkeit einer Aktivität, die die Aneignung der Bedingungen freier Verfügung befördert.

sie in revolutionäre Praxis um, womit die letzte Stunde der vorrevolutionären kommunistischen Organisation geschlagen hat. Die Produzenten eignen sich die von ihnen getrennten Produktionsmittel und damit auch den produzierten Reichtum an und behaupten ihre Macht als *revolutionär-antistaatliche Diktatur des Proletariats*. Dieser Diktatur entspricht die Macht der Räte, deren einheitlicher Aspekt das revolutionäre Bewusstsein ist, das wiederum überhaupt erst die Austragung aller Differenzen ermöglicht. Das Programm dieser Macht ist der Krieg gegen die Konterrevolution, die Abschaffung aller Trennungen und die vollständige Aneignung des Lebens.

//////// Marginalien zum kommenden Aufstand

Der ewige soziale Frieden nach dem angeblichen Ende der Geschichte hat sich spätestens infolge der Proteste und Revolten der letzten Jahre als Schimäre der Denker der Herrschaft erwiesen. Die vermeintliche Totenstille und das Ausbleiben eines negativen Potentials dieser Epoche stellten nur den zeitweilige Schein an der gesellschaftlichen Oberfläche dar. Als der wirkliche prozessierende Widerspruch greift das Kapitalverhältnis auf alle Menschen über und vollzieht sich so einerseits als die den Menschen entfremdete gesellschaftliche Macht des Zwangs zur Unterordnung. Andererseits verdichtet er in sich als wirkliche Verkehrung der menschlichen Gattungskräfte Möglichkeiten, die ihn potentiell obsolet machen könnten. Bekanntlich identifizieren sich die meisten Menschen mit der ihnen als natürliches Schicksal erscheinenden Entfremdung und verdrängen ihre Begierden nach Abschaffung des Zwangs, das heißt, die Möglichkeit freier und bewusster Verfügung über ihr gesellschaftliches Leben ohne die Notwendigkeit zur Subsumtion unter verselbständigte gesellschaftliche Verhältnisse. Der objektive Widerspruch findet so eine Form, in der er sich bewegen kann, aber er wird nicht aufgehoben, also aus der Welt geschafft. Auf diese Verdrängung kann Symptombildung folgen, der „die ihrem primären Ziel entfremdete Klassenkampfenergie“ (Adorno) zugrunde liegt. Das bösartigste und verheerendste Symptom ist der Antisemitismus, der als Weltanschauung nach gesellschaftlicher Allmacht drängt und mit seinem Telos der Zertrümmerung aller Vernunft der Todfeind der Kritik der politischen Ökonomie ist.

Der Gegensatz zur Identifikation mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen wäre die Austragung des objektiven Widerspruches: die objektiven Begierden in Begriffe zu fassen und die verdinglichten gesellschaftlichen Verhältnisse als durch menschliche Praxis hergestellte und damit aufhebbare zu begreifen. Die Konstitution der sachlich vermittelten, also verkehrten Gesellschaft ist dem Alltagsbewusstsein der Menschen unbewusst und muss deshalb theoretisch aufgebrochen werden, indem die Verkehrung mit Bewusstsein umgekehrt wird. Die Gespenster, welche die Menschen zu beherrschen scheinen, erweisen sich dann als ihre höchst eigenen Machwerke, ihre magische Macht als notwendig verkehrter Schein.

Der Verdrängung der potentiell das Bestehende transzendierenden Begierden, bei gleichzeitiger Unbewusstheit über den gesellschaftlichen Zusammenhang, entspricht ein Unbehagen, dessen praktische Äußerung variabel, d.h. ungewiss ist. Die kapitalistische Produktion als Produktion des Reichtums und gleichzeitig Produktion der Machtlosigkeit bzw. Proletarität ist immer auch eine Produktion von Unbehagen auf der Seite der Machtlosen, des Gegenpols zur Macht, und impliziert die Möglichkeit zu einer wirklichen Bewegung der Aufhebung des bestehenden Widerspruchs.

Das über seine Konstitution aus dem objektiven gesellschaftlichen Widerspruch unbewusste Unbehagen äußerte sich z.B. gewaltsam in den Banlieues-Unruhen und den Protesten in Griechenland. Wir haben auch Grund zur Vermutung, dass für die Klassenkämpfe in Frankreich im vergangenen Herbst das Unbehagen der Proletarier eine treibende Kraft war. In diesen Kämpfen wurde letztlich nichts erreicht und, so weit überschaubar, verblieben sie weitgehend im institutionell erlaubten Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeiterrepräsentation. Allerdings basierte ihre ganze Organisation und Schlagkraft auf der selbständigen und direkten Initiative der Arbeiter, was vom verwalteten *business as usual* abweicht und bei einigen herrschenden Charaktermasken kurzzeitig für eine gewisse Unruhe sorgte. Die revolutionäre Macht des Proletariats, die sich nur selbst aufheben kann, wenn sie alle Trennungen aufhebt, schien zumindest für diese Herrschenden erahnbar, was für deren Klassenbewusstsein spricht. Auf Seiten der Arbeiter scheint aber weitgehend das Bewusstsein für ihre demonstrierte Macht gefehlt zu haben. Dies zeugt davon, dass der Widerspruch der Gesellschaft zwar auch naturwüchsig eine praktische Form der Austragung als Klassenkampf finden kann, aber daraus kein Bewusstsein folgen muss, das wiederum notwendige Bedingung der praktischen Aufhebung des Widerspruches wäre. Das Bewusstsein ist dem Fortlauf der Vorgeschichte folgend kontingent, wenngleich es kein äußerlich hinzutretender Voluntarismus, sondern schon in der verkehrten Struktur der konkreten Totalität angelegt ist: als umkehrende kohärente Kritik des Fetischismus und Rückführung der versachlichten Verhältnisse auf menschliche Praxis.

Es spricht vieles dafür, dass in nächster Zeit eine Welle von Klassenkämpfen bevorsteht. Ohne Begriffe über die herrschenden Lebensverhältnisse werden diese Kämpfe nicht nur ins Leere laufen, sondern können leicht selbst Träger der Regression werden. Das Bedürfnis, die repressive Harmonie aufrechtzuerhalten, steigert sich gerade in der Zeit der Krise zur antisemitischen

Projektion, die den gesellschaftlichen Widerspruch abspaltet, in dem als jüdisch Ausgemachten personalisiert und mit deren Vernichtung sie die Zivilisation, samt ihres emanzipatorischen Überschusses, in Trümmer zu legen strebt.

Es zeichnet eine Avantgarde nicht aus, dass sie die Praxis der Theorie entmündigend an sich selbst delegiert und damit die Bedingung der Möglichkeit von Selbstbefreiung sabotiert. Ihre Aufgabe wäre viel mehr, das Kapital auf der Höhe seiner Zeit zu kritisieren, diese moderne kritische Theorie nach ihren Möglichkeiten verfügbar zu machen und deren Aneignung zu beschleunigen. Dieses zur Verfügung stellen der Begriffe ist das Gegenteil einer Popularisierung als Anbiederung an das verkehrte Bewusstsein, aus der die Verachtung der Erkenntnis spricht. Stattdessen muss es um die Kommunikation der Theorie gehen, die aus ihrer Qualität immer auch unannehmbar für ihre Feinde sein muss. Dass eine solche Kommunikation gegenwärtig nicht existiert, drückt sich auch im Fehlen einer adäquaten Sprache der Kritik aus, die sich der Rekuperation sträubt und authentischer Ausdruck der Begierden ist. Die Begriffe, die für die Kritik so bitter notwendig sind, werden von der Ideologie in Beschlag gehalten und ihres revolutionären Sinnes entkernt. Deshalb ist man derzeit vorerst auf Kommentare der bürgerlichen Informationsproduktion angewiesen, aus der hier abschließend einige Ausschnitte, die genannten Klassenkämpfe in Frankreich betreffend, dargereicht werden.

GEWERKSCHAFTSBÜROKRATISCHE REKUPERATEURE

„Die Regierung riskiert eine Radikalisierung der Bewegung", sagte Francois Chereque, Chef des Gewerkschaftsbundes CFDT.
http://www.welt.de/wirtschaft/article10250578/Frankreichs-Streik-Irrsinn-kostet-Milliarden.html

„Es ist nicht unser Ziel, das Land lahmzulegen, aber falls es so weit kommt, ist das die Schuld der Regierung, die nicht hören will", sagte Bernard Thibault, der Chef der Gewerkschaft CGT.
http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/widerstand-in-frankreich-waechst/

Die Gewerkschaften waren aufgrund wachsender Frustration in der Arbeiterklasse gezwungen, Arbeitskämpfe vorzubereiten. Die wiederholten eintägigen Proteste hatten Sarkozys Kürzungen nicht aufgehalten. Der CGT-Funktionär Jean-Pierre Delannoy, ein hochrangiger Bürokrat, erklärte, die Arbeiter „hätten die Schnauze voll davon, durch die Straßen zu ziehen". [...] In einem Interview mit der Zeitschrift Libération in der letzten Woche erklärte der Sekretär der CGT Bernard Thibault, die Forderung nach einem Generalstreik sei „eine Losung, die für mich völlig abstrakt und verworren ist... Das entspricht nicht der Art und Weise, mit der man das Kräfteverhältnis verbessert". [...] Deshalb schreibt Le Monde: „Es gibt eine Falle, die Bernard Thibault um jeden Preis vermeiden will – die Radikalisierung."
http://www.hintergrund.de/201010151194/soziales/sozialabbau/massenproteste-erschuettern-franzoesische-regierung.html

Ein Gewerkschaftsvertreter des Raffinerie-Sektors: „Diese Bewegung hat eine bedeutende Wende genommen, sowohl was unsere Mobilisierung angeht, als auch die Repression seitens der Regierung. Im Erdölsektor, sämtliche Raffinerien im Streik – das hat es seit Mai 68 nicht gegeben."
http://oe1.orf.at/artikel/260210

Die Gewerkschaftsspitzen sind mit einer Basis konfrontiert, die sie immer schwerer in Zaum halten können. Die Radikalisierung sei kein Risiko mehr, sondern inzwischen schlicht eine Tatsache, so der Chef der größten Gewerkschaft, der CGT.
http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/1297581/

Um eine Radikalisierung der Protestbewegung zu verhindern, versuchten die Gewerkschafter, die Demonstrationen als Erfolg darzustellen. In Sirots Augen eine eindeutige Aufforderung an die Regierung, zu verhandeln. Selbst Bernard Thibault, der Chef der kommunistischen Gewerkschaft CGT, scheint eine Eskalation des Konflikts um die Rentenreform zu fürchten. So versucht er diesmal, mit der gemäßigten CFDT an einem Strang zu ziehen. Deren Führung hat sich im Kampf gegen die Rentenreform klar gegen radikale Maßnahmen ausgesprochen. „Wir haben eine stille Kraft. Die müssen wir nutzen", sagt CFDT-Chef François Chérèque. „Diejenigen, die die Protestbewegung radikalisieren und zum Generalstreik aufrufen wollen, wollen häufig eine allgemeine Opposition zur Regierung einschlagen."
http://www.welt.de/print/wams/wirtschaft/article10348406/Arbeit-ohne-Kampf.html

„Die Arbeitgeber wollten diese Reform. Jetzt muss mit Gesprächen über die Beschäftigung von jungen und alten Arbeitnehmern begonnen werden, das ist dringend", forderte der Chef der Gewerkschaft CFDT, François Chérèque, im Fernsehen. Die Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Medef, Laurence Parisot, nahm das Gesprächsangebot an. Wirtschaftsministerin Christine Lagarde begrüßte die Dialogbereitschaft. „Ich denke, die Art und Weise miteinander zu reden, ändert sich und ich begrüßte die Rückkehr zur Vernunft und zum Dialog", sagte sie im Radio.
http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jG9miSXsrNtrZpfE5j0sV9FnatDA?docId=CNG.95c56a24c0b4e219b933b745b92f4cbe.381

Nach 15 Tagen Streik unter den 2200 Mitarbeitern der Müllabfuhr setzte die führende Gewerkschaft Force Ouvrière (FO) am Dienstag die Arbeitsniederlegung aus. Überall in der Stadt gingen die Müllwerker wieder an die Arbeit. „Wir sind eine verantwortungsvolle Gewerkschaft", sagte der regionale FO-Generalsekretär Claude Argy.
http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26F-B23A0/Doc~EE08D7FD934254C309B36BE0F964F5B51~ATpl~Ecommon~Scontent.html

STAAT

Erziehungsminister Luc Chatel appellierte an die „Verantwortung jedes Einzelnen". Einige wollten womöglich „einfach destabilisieren oder eine Guerilla-Stimmung verbreiten", sagte er einem TV-Sender.
http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,723204,00.html

„Wenn wir einem langen Streik entgegen müssen, werden wir es tun. Ein Teil des Landes wird uns dafür dankbar sein, dass wir die Extremisten in die Knie gezwungen haben. Wir können noch den Kampf um die öffentliche Meinung gewinnen." (Sarkozy)
http://labournet.de/internationales/fr/rente2010_18.html

Die Satirezeitung „Le Canard Enchainé" zitierte Sarkozy vor kurzem mit den Worten: „Wir müssen die Mobilisierung der Jugendlichen auf jeden Fall vermeiden. Für eine Regierung gibt es nichts schlimmeres als eine Verbindung der sozialen- und der Bildungsfront. Ich spreche nicht von Lehrern, die streiken wenn sie aus den Ferien zurückkommen, sondern von Schülern und Studenten. Man muss sie gut überwachen, wie Milch auf einem Herd."
http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=3928&ds=print.htm

Die Regierung kündigte an, Blockaden nicht mehr hinzunehmen. Innenminister Brice Hortefeux sagte: „Wir werden Blockaden von Depots notfalls auflösen lassen." Das hatte die Polizei bereits in der vergangenen Woche gemacht. Allerdings waren die Blockaden sofort wieder errichtet worden. „Die Regierung hat die Lage unter Kontrolle", sagte dagegen Industrieminister Christian Estrosi.
http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article10390177/Frankreich-leidet-unter-Streiks-und-Krawallen.html

Premierminister Francois Fillon sprach von einer Radikalisierung der Proteste. Vor Abgeordneten der Regierungspartei UMP sagte er am Dienstag, dass der Bewegung „langsam die Luft ausgeht". Keinesfalls würden am Dienstag mehr als eine Million Menschen demonstrieren. Gleichzeitig würden die Proteste aber „radikaler".
http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikContainer/1492206-8/erneut-landesweit-streiks-gegen-pensionsreform-in-frankreich.csp

„Wenn die Blockaden nicht schnell beseitigt werden, könnte diese Randale gravierende Folgen haben und den wirtschaftlichen Betrieb im Land beschädigen", so der Präsident der Zeitung „Libération" zufolge.[...] „Wir werden so viele Depots wie nötig räumen", hatte Innenminister Brice Hortefeux kurz zuvor erklärt. „Wir lassen es nicht zu, dass unser Land lahmgelegt wird."
http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,724210,00.html

„Wenn diese Unordnung und diese Störungen, die das Land lähmen sollen, nicht rasch aufhören, könnte dies schwerwiegende Folgen für die Beschäftigung und den normalen Ablauf unserer Wirtschaft haben", warnte der Staatschef und möchte so den gewerkschaftlichen Organisatoren der Blockaden ihre Verantwortung vor Augen führen.
http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/sarkozy-laesst-durchgreifen/

„Wir werden die Ganoven nicht ungestraft davonkommen lassen", sagte gestern der französische Innenminister Brice Hortefeux. Die Gewalt sei „inakzeptabel". Er kündigte an, notfalls die Spezialeinheit GIGN einzusetzen, die sonst eher für die Terrorismusbekämpfung zuständig und mit der deutschen GSG-9 vergleichbar ist.
http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Rentenstreit-eskaliert;art4306,682198

Auch in Donges an der Atlantikküste greift die Regierung zu Zwangsmaßnahmen: „Die haben bei mir an der Tür geklopft und mir die Verpflichtungserklärung in die Hand gedrückt", erzählt Christophe, der das Treibstofflager bestreikt hatte. „Und dazu haben sie gesagt: ‚Wenn Sie nicht sofort wieder an ihrem Arbeitsplatz erscheinen, riskieren Sie fünf Jahre Gefängnis.' Naja, da bin ich natürlich mitgegangen. Aber das ist eine Form von Gewalt. Es ist immer Gewalt."
http://www.tagesschau.de/ausland/protestefrankreich112.html

BENZINRIEG

Die Treibstoffvorräte reichten mindestens einen Monat lang, betonte Verkehrsstaatssekretär Dominique Bussereau. „Ich sage allen Autofahrern: füllt Eure Tanks nicht vorsorglich und legt keine Vorräte an, denn Ihr braucht sie nicht."
http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/angst-vor-benzinknappheit/

„Einige Schätzungen gehen davon aus, dass der Streik die nächsten zwei Wochen weitergehen und zu Produkt-Engpässen führen könnte", erklärte die Internationale Energieagentur (IEA).
http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/frankreich-protest-gegen-rentenreform-blockiert-tankstellen_aid_561832.html

„Wir können uns eine Benzinknappheit nicht leisten", sagte Verkehrsstaatssekretär Dominique Bussereau dem Sender Europe 1. Er räumte ein, dass es bereits zu Hamsterkäufen gekommen ist, was die Lage noch verschlimmert.
http://de.indymedia.org/2010/10/292139.shtml

Zu den Treibstoffproblemen hört man verschiedene Versionen. Die Regierung proklamiert natürlich immer, dass es keine Probleme gäbe, woraufhin verschiedene andere Quellen die Knappheit bekannt geben. Wenn aber schon vorgestern 10% der Tankstellen auf dem trockenen lagen und jetzt auch die Transportbranche streikt, sieht es wohl doch nicht so gut aus. Die Pariser Flughäfen haben zwar mitteilen lassen, dass es keinen Engpass bei der Kerosin-Belieferung geben würde, allerdings halten die Flughafen-Depots auch nicht besonders lang.
http://www.finanzzeug.de/flugausfaelle-in-europa-befuerchtet-frankreich-streikt-gegen-rentenreform-20312

Den beruhigenden Versicherungen etwa von Wirtschaftsministerin Christine Lagarde und Transport-Staatssekretär Dominique Bussereau am Wochenende, dank der Reservekapazitäten stehe keinerlei Treibstoffknappheit oder Benzinkrise bevor, glaubt inzwischen fast niemand mehr. Offenkundig dienten diese Äußerungen vor allem dazu, als „Bluff" die Streikenden in den Raffinerien einzuschüchtern („Wir können Euren Arbeitskampf aussitzen"), aber auch Vorrats- und Hamsterkäufe durch die Bevölkerung zu verhindern, die das Problem nur verschlimmern würden.
http://labournet.de/internationales/fr/rente2010_21.html

STIMMUNG DER PROTESTE

In einem Kommentar in der Zeitschrift L'Est Républicain wird erklärt: „Alle Bestandteile einer sozialen Revolte sind vorhanden: eine sehr unpopuläre Regierung, eine Reform, die als ungerecht empfunden wird, die öffentliche Meinung, die durch die Krise desorientiert ist, die chronische Arbeitslosigkeit und Studenten, die demonstrieren wollen." Die Zeitung erwähnt die „Angst vor Gewalt" und erklärt, dass die Arbeiter „kämpfen, um ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen, während sie gleichzeitig merken, dass eine Epoche zu Ende geht."
Noch offener schreibt die Financial Times, dass das französische politische Establishment „immer noch traumatisiert" ist durch den Generalstreik und die Studentenproteste von Mai-Juni 1968.
http://www.hintergrund.de/201010151194/soziales/sozialabbau/massenproteste-erschuettern-franzoesische-regierung.html

Die Teilnahme von Schülern und Studenten an der Kampagne gegen Sarkozys Prestigeprojekt hat den Widerstand noch verschärft: Hier protestieren nicht die üblichen Verdächtigen aus dem Linksspektrum, sondern eine Jugend, die getrieben ist von Zukunftsangst und einem diffusen Gefühl der Ungerechtigkeit. Kommentatoren beklagen ein „Psychodrama des Misstrauens", eine „französische Depression" und eine wahre „Anti-Sarko-Erhebung" („Le Point"). „Ziehen die Franzosen die Revolution der Reform vor?", fragt „Le Figaro" und wundert sich über die „Merkwürdigkeit" der Bevölkerung, die sich angesichts von demografischen Zwängen und finanziellen Engpässen so wenig „der Realitäten bewusst" sei.
http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,724565,00.html

SLOGANS DER PROTESTE

Geprägt wurden die Demos durch Tausende Jugendliche. Während des Aufmarsches hielten Gymnasiasten Pappkartons mit dem ironischen Slogan hoch: „Metro, Boulot, Caveau" (U-Bahn, Job, Grabstätte).
http://kurier.at/nachrichten/2042128.php

Im Elyséepalast und in den Ministerien hat man schließlich genug von Jugendlichen, die auf den Straßen singen, tanzen, Schulen verbarrikadieren, »Sarkozy, hau ab!« rufen und Slogans gegen die geplante Rentenreform skandieren: »Plackerei für die Alten, Arbeitslosigkeit für die Jungen – diese Gesellschaft, die wollen wir nicht!«
http://jungle-world.com/artikel/2010/42/41902.html